



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2008

**Tatort Strasse: Rechtsprechung des Bundesgerichts zum
Strassenverkehrsstrafrecht im Jahre 2006**

Wohlers, Wolfgang ; Humbel, Fabian

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-12359>
Book Section

Originally published at:

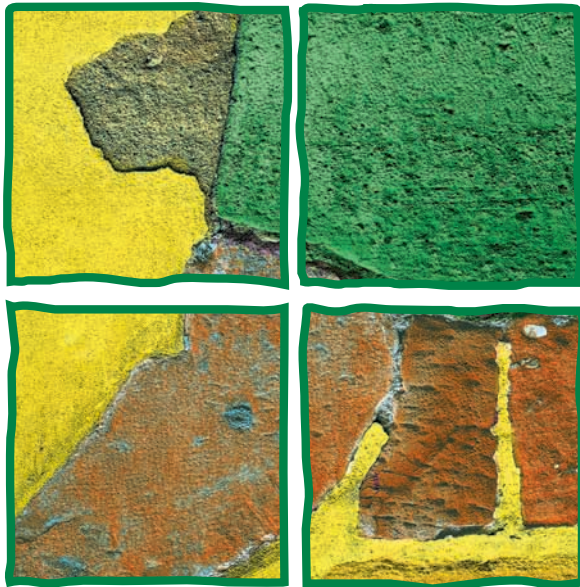
Wohlers, Wolfgang; Humbel, Fabian (2008). Tatort Strasse: Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Strassenverkehrsstrafrecht im Jahre 2006. In: Weissenberger, Philippe; et al. Tatort Strasse: Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Strassenverkehrsstrafrecht 2002 bis 2006. St. Gallen: Universität St.Gallen, 303-354.



Universität St.Gallen

René Schaffhauser (Hrsg.)

Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2007



Tatort Strasse: Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Strassenverkehrsstrafrecht im Jahre 2006

Prof. Dr. WOLFGANG WOHLERS, Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozessrecht, Universität Zürich, Zürich
lic. iur. FABIAN HUMBEL, wissenschaftlicher Assistent, Universität Zürich, Nussbaumen (AG)

Inhaltsübersicht

I.	"Raserrennen" auf der Autobahn und im Abfahrts-Bereich, Eventualvorsatz: vorsätzliche Tötung, Art. 111 StGB (6S.114/2005 vom 28.3.2006)	426
II.	Fahrzeug als Nötigungsmittel: Nötigung, Art. 181 StGB (1P.671/2006 vom 27.12.2006)	429
III.	Verkehrsregelverletzungen	431
1.	Verkehrsregelverletzungen und Vertrauensgrundsatz nach Art. 26 Abs. 1 SVG (6S.140/2006 vom 20.10.2006; 6P.182/2006 vom 2.11.2006; 6S.431/2006 vom 12.12.2006; 6S.252/2006 vom 17.8.2006; 6P.36/2006 vom 3.8.2006)	431
2.	Sorgfaltpflichten bei Nacht (6S.120/2005 vom 9.1.2006; 1P.637/2005 vom 2.2.2006)	437
3.	Lesen einer auf dem Lenkrad und den Oberschenkeln abgestützten Zeitung im stockenden Kolonnenverkehr: keine einfache Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 1 SVG (6P.68/2006, 6S.128/2006 vom 6.9.2006)	439
4.	Nichtbelassen des Vortritts auf Fussgängerstreifen: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (6S.387/2005 vom 13.1.2006)	441
5.	Überholmanöver, Schwere des Verschuldens (6A.4/2006 vom 27.2.2006)	441
IV.	Kinder als Gefahrenquellen im Strassenverkehr	443
1.	Unvermitteltes Hineinlaufen eines Kindes in die Seite eines Fahrzeuges, Einstellung der Strafuntersuchung: keine fahrlässige einfache Körperverletzung, Art. 125 Abs. 1 StGB (6S.78/2006 vom 31.5.2006)	444
2.	Kollision zweier Fahrradfahrer, Kenntnis der Vortrittsregeln, Signalisation: fahrlässige schwere Körperverletzung Art. 125 Abs. 2 StGB (6P.36/2006 vom 3.8.2006)	444
3.	Unvermitteltes Einbiegen von einem Radweg in eine Hauptstrasse, Sorgfaltpflicht Automobilist: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.13/2006 vom 30.8.2006)	446

4.	Abbiegemanöver mit einem Lastwagen, toter Winkel, Sichtbarkeit von Kindern: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.342/2005 vom 2.2.2006).....	447
V.	Uneinsehbare Bereiche und Einsatz von Hilfspersonen.....	448
1.	Rückwärtsmanövrieren mit einem LKW, Einsatz von Hilfsperson: fahrlässige Tötung, Art. 117 StGB (6S.465/2006 vom 2.12.2006).....	448
2.	Abbiegemanöver mit einem Lastwagen, toter Winkel: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.342/2005 vom 2.2.2006).....	449
3.	Kollision mit Mofa bei Kreiselausfahrt: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6P.194/2006 und 6S.429/2006 vom 16.2.2007).....	450
4.	Pflicht zur Instruktion der Hilfsperson (6A.72/2005 vom 27.1.2006).....	451
VI.	Alkohol- und Drogeneinfluss im Strassenverkehr, verkehrsmedizinische Massnahmen.....	452
1.	Pflichtwidriges Entfernen von der Unfallstelle, Wahrscheinlichkeit der Anordnung einer Blutprobe, Vereitelung derselben (6S.275/2006 vom 5.9.2006; 6S.359/2005 vom 22.12.2006).....	452
2.	Verkehrsmedizinische Massnahmen (6A.61/2005 vom 12.1.2006; 6A.37/2006 vom 31.5.2006; 6A.11/2006 vom 13.4.2006; 6A.9/2006 vom 28.2.2006; 6S.408/2006 vom 2.12.2006).....	455
3.	Blutalkoholkonzentration und Schuldfähigkeit (6P.129/2006 vom 4.9.2006).....	460
VII.	Entzug des Führerausweises.....	462
1.	Schematische Beurteilungsmethoden für den Ausweisentzug, Unzulässigkeit des Unterschreitens der Mindestentzugsdauer (6A.65/2005 vom 13.1.2006; 6A.78/2006 vom 28.12.2006; BGE 132 II 234 vom 13.3.2006; 6A.38/2006 vom 7.9.2006).....	462
2.	Bindung der Administrativbehörde für den Führerausweisentzug an die Sachverhaltsfeststellungen des Strafurteils (6A.78/2006 vom 28.12.2006; 6A.81/2006 vom 22.12.2006; 6A.48/2006 vom 4.9.2006; 6A.82/2006 vom 27.12.2006; 6A.21/2006 vom 15.6.2006; 6A.4/2006 vom 27.2.2006).....	465
3.	Führerausweisentzug bei Überfahren eines Rotlichts, Phasenablauf und vorliegende Gefährdung (6A.19/2006 vom 16.5.2006).....	467
VIII.	Geschwindigkeitsmessungen.....	468
1.	Nachfahrmessung, Beweiswürdigung: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.727/2005 vom 10.1.2006).....	468
2.	Nachfahrmessungen ohne geeichtes Messgerät, Zulässigkeit: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.305/2006 vom 25.9.2006; 1P.90/2006 vom 13.4.2006).....	470
3.	Einsatz eines Laser-Messgerätes zur Geschwindigkeitsbestimmung, korrekte Bedienung des Gerätes: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.130/2006 vom 18.5.2006).....	472
IX.	Verkehrssteuern: Einziehen von Kontrollschildern, Zulässigkeit, Begriff der "Verkehrsgebühren", Art. 16 Abs. 4 SVG; Art. 106 Abs. 2 lit. c. VZV (6S.211/2006 vom 9.8.2006).....	473

X.	Strafzumessung: Überholmanöver bei Tramhaltestelle mit Fussgänger: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (6S.234/2005 vom 29.6.2006).....	474
XI.	Anonyme Zeugen: Anonyme Zeugenaussagen bei SVG Delikten, Verteidigungsrechte, Art. 6 Ziff. 1, 3 lit. d EMRK (BGE 132 I 127 vom 25.4.2006)	475
XII.	Ausländerrechtliche Ausweisung: Raserunfall, einschlägige Vorstrafen, Ausweisung, Rechtmässigkeit (2A.688/2005 vom 4.4.2006)	477

I. "Raserrennen" auf der Autobahn und im Abfahrts-Bereich, Eventualvorsatz: vorsätzliche Tötung, Art. 111 StGB (6S.114/2005 vom 28.3.2006)

Nachdem zwei Fahrzeuge, welche von untereinander bekannten Personen gelenkt wurden, sich mit teilweise massiv übersetzten Tempi und unter Missachtung von elementarsten Abstands- und weiteren Verkehrsregeln auf der Autobahn A1 bei Winterthur ein Rennen geliefert und sich dabei wechselseitig überholt hatten, fuhr einer der beiden Lenker mit einer Geschwindigkeit von mindestens 170 km/h, vermutlich sogar bis über 200 km/h, in die Autobahnausfahrt Winterthur-Töss ein. Dabei musste er, um seinen Kollegen im anderen Fahrzeug sowie ein unbeteiligtes drittes, sich bereits auf der Ausfahrttrampe befindendes Fahrzeug noch überholen zu können, über die Sperrfläche fahren, während er zu den beiden anderen Fahrzeugen nur sehr geringe seitliche Abstände einhielt. Infolge der topographischen Verhältnisse – die Ausfahrt führt in einer leichten Linkskurve über eine Kuppe – verlor der immer noch mit praktisch unverminderter Geschwindigkeit fahrende Lenker die Herrschaft über sein Fahrzeug und prallte auf der rechten Strassenseite erst in den Strassenrand, dann in die Leitplanke sowie in einen Beton-Kandelaber. Nach weiteren mehrmaligen Kollisionen mit der rechten und linken Leitplanke kam das Fahrzeug nach ca. 140 Metern zum Stillstand. Während der Fahrer ohne schwerere Verletzungen davontkam, erlag der Beifahrer seinen schweren Schädel-/Hirnverletzungen auf der Stelle.

Das Bundesgericht schützte die Verurteilung des Obergerichts Zürich wegen eventualvorsätzlicher Tötung. Die örtlichen Verhältnisse seien dem Verurteilten bekannt gewesen und er habe gewusst, wie gefährlich sein Fahrmanöver sei. Wer mit derart massiv übersetzter Geschwindigkeit die der Kuppe folgende Linkskurve befahren wolle, müsse aufgrund der Fliehkräfte offensichtlich damit rechnen, die Herrschaft über sein Fahrzeug zu verlieren. Die daraus resultierenden Folgen seien für jeden Lenker ohne weiteres ersichtlich und die Wahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls sei derart gross gewesen, dass der Lenker diese wenigstens für möglich gehalten bzw. erkannt haben müsste. Dementsprechend habe er auch nicht mehr ernsthaft

darauf vertrauen können, den Unfall durch Fahrgeschick zu vermeiden. Somit habe sich der Fahrer für die Rechtsgutverletzung entschieden und den entsprechenden Erfolg in Kauf genommen. Das Vorbringen des Fahrers, er habe darauf vertraut, die Situation meistern zu können, sei als nicht viel mehr als eine Hoffnung zu werten, welche die Inkaufnahme des Erfolges jedenfalls nicht ausschliesse. Die drohenden Folgen, inklusive seiner eigenen Gefährdung, wären ihm offensichtlich völlig gleichgültig gewesen. (E.2.1, 5.)

Bis vor einigen Jahren sind Tötungen im Strassenverkehr mehr oder weniger automatisch allein unter dem Gesichtspunkt der fahrlässigen Tötung (Art. 117 StGB) geprüft worden. Etwas anderes wurde allenfalls für die Fallgestaltungen in Betracht gezogen, bei denen ein Auto als Waffe eingesetzt wurde, was z.B. dann der Fall sein kann, wenn ein eifersüchtiger Ehemann seinen Nebenbuhler überfährt oder ein Verkehrsteilnehmer gezielt auf einen Polizeibeamten zufährt, um diesen zu zwingen, ihm den Weg freizugeben. Handelte es sich dagegen um Fallgestaltungen, bei denen der Täter das Fahrzeug nicht als Waffe, sondern – seiner bestimmungsgemässen Funktion entsprechend – nur als Fortbewegungsmittel benutzt, ist eine bedingt vorsätzliche Tötung bis vor einigen Jahren soweit ersichtlich nicht einmal in Betracht gezogen worden. Geändert hat sich diese Einstellung, als sich die "Raserfälle" zu einem in den Medien und in der Öffentlichkeit als drängend empfundenen Problem entwickelt haben. Erfasst werden unter diesem Schlagwort die Fallgestaltungen, in denen sich junge Männer mit hochmotorisierten Fahrzeugen auf öffentlichen Strassen Rennen liefern, in deren Verlauf dann Teilnehmer oder auch unbeteiligte andere Verkehrsteilnehmer verletzt werden oder gar zu Tode kommen. Die Rechtsprechung hat in diesen Fällen in jüngerer Zeit (bedingten) Tötungsvorsatz angenommen und die überlebenden Teilnehmer der Rennen zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt. Mit dem vorstehend wiedergegebenen Entscheid setzt das BGer seine mit dem Leitentscheid BGE 130 IV 58 begründete Rechtsprechungslinie fort.

In der Literatur ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Annahme bedingten Tötungsvorsatzes nur in den (Ausnahme-)Fällen angemessen sei, in denen die Fahrzeuglenker in keiner Weise darauf vertrauen können, dass die durch ihre Fahrweise begründeten Gefahren beherrscht werden können

(PHILIPPE WEISSENBERGER, Jahrbuch Strassenverkehrsrecht 2005, 432 f.). Diesen Standpunkt hat nun auch das Bundesgericht in zwei nach dem Ende der Berichtsperiode ergangenen Entscheiden eingenommen: Die Annahme bedingten Tötungsvorsatzes wurde sowohl in einem Fall verneint, in dem der Täter bei hoher Geschwindigkeit auf einer Autobahn absichtlich eine seitliche Kollision herbeigeführt hatte (BGE 133 IV 1), als auch in dem Fall, in dem ein Fahrzeuglenker auf einem gerade verlaufenden und übersichtlichen Streckenabschnitt ausserorts seine Geschwindigkeit beschleunigte, als ihn ein anderer Fahrzeuglenker überholen wollte, so dass es schliesslich zu einer Frontalkollision des überholenden mit einem entgegenkommenden Fahrzeug kam (BGE 133 IV 9). Das BGer hält in beiden Entscheiden fest, dass sich die zugrunde liegenden Sachverhalte massgeblich von den Sachverhalten unterscheiden, die in BGE 130 IV 158 sowie im Urteil 6S.114/2005 vom 28. März 2006 zu beurteilen waren (BGE 133 IV 1, 6; 133 IV 9, 19): "Dort waren Unfälle mit schwerwiegenden Folgen für Fahrer, Passagiere und andere Verkehrsteilnehmer aufgrund der mit sehr hohen Geschwindigkeiten durchgeführten Fahrmanöver sowie der örtlichen Verhältnisse höchstwahrscheinlich und selbst durch grosses fahrerisches Können nicht mehr zu verhindern. Demgegenüber bestand im vorliegenden Fall die reelle Möglichkeit, dass das [infolge der seitlichen Kollision] ins Schleudern geratene Fahrzeug, wie es tatsächlich geschah, etwa durch eine zweckmässige Reaktion beziehungsweise durch fahrerisches Geschick des Lenkers auf dem geraden und ebenen Streckenabschnitt der Autobahn stabilisiert und dadurch ein Unfall respektive jedenfalls ein Unfall mit schwerwiegenden Konsequenzen einschliesslich Todesfolgen verhindert werden konnte. Weil vorliegend diese reelle Möglichkeit bestand, konnte der Beschwerdeführer darauf vertrauen, dass sich die Gefahr von Todesfolgen nicht verwirkliche" (BGE 133 IV 1, 6). Ob die Verneinung des Tötungsvorsatzes in den beiden aktuellen Entscheiden zu überzeugen vermag, kann an dieser Stelle offen bleiben. Festzuhalten bleibt, dass das BGer mit diesen Entscheiden ein Zeichen dahingehend gesetzt hat, dass auch bei Vorliegen gefährlicher Fahrmanöver nicht automatisch bedingter Tötungsvorsatz angenommen werden kann, sondern

dass es insoweit dabei bleibt, dass eine Entscheidung zu treffen ist, die den Umständen des konkreten Einzelfalles Rechnung trägt.

II. Fahrzeug als Nötigungsmittel: Nötigung, Art. 181 StGB (1P.671/2006 vom 27.12.2006)

Eine Automobilistin wurde von einem anderen Fahrzeuglenker nach länger dauernden telefonischen Belästigungen und unerwünschten SMS-Textmeldungen auf der Heimfahrt vom Arbeitsplatz in massiver Weise bedrängt und behindert. Der Täter soll dabei die Autofahrerin zweimal überholt, vor ihr voll abgebremst und sein Fahrzeug quer zur Fahrbahn gestellt haben. Zudem soll er die Lenkerin auf einer Autobahnauffahrt auf der rechten Seite überholt haben (3.1). Ausserdem soll er dieselbe Fahrzeuglenkerin wiederholt verfolgt und unter anderem dadurch bedrängt haben, dass er hinter der an einem Rotlicht wartenden Lenkerin aufgefahren sei und ununterbrochen Hupe und Lichthupe betätigt habe (4.1, 5.1).

Der Beschwerdeführer wirft der Vorinstanz vor, eine unhaltbare Beweiswürdigung vorgenommen sowie den Grundsatz "in dubio pro reo" verletzt zu haben. Dies, weil seine Aussagen im Laufe der Ermittlungen mindestens ebenso unverändert und damit glaubwürdig geblieben seien wie diejenigen der bedrängten Lenkerin (3.2), weil eine Analyse, wonach eine eindeutige Zuordnung von Bremsspuren nicht mehr möglich gewesen wären, nicht beachtet worden sei (3.3) und weil aus der Anklage nicht genügend hervorgehe, welche Handlungen ihm zu welchem Zeitpunkt genau vorgeworfen würden, diese damit den Anklagegrundsatz verletze (4.2).

Das Bundesgericht schützte die vorinstanzliche Verurteilung u.a. wegen Nötigung. Auch wenn seine Aussagen unverändert geblieben seien, wäre es doch lebensfremd und unglaublich anzunehmen, der Beschwerdeführer sei der Fahrzeuglenkerin bloss nachgefahren, wenn er sie in jener Nacht unbedingt habe sprechen wollen und deswegen sogar eine Stunde auf sie gewartet habe. Unter diesen Umständen liege es nahe, dass er alles versucht habe, sein Ziel zu erreichen (3.1). Das Gutachten, wonach die im Polizeirapport festgehaltenen Bremsspuren nicht eindeutig dem Beschwerdeführer zuge-

ordnet werden könnten, sei überdies mehr als nur berücksichtigt worden. Die Vorinstanz habe ausdrücklich festgehalten, dass beweismässig nicht erstellt sei, ob die im Rapport festgehaltenen Bremsspuren vom Beschwerdeführer verursacht wurden. Die Verurteilung erfolgte denn auch nicht gestützt auf diese Reifenspuren (3.3). Bezogen auf den Vorwurf der Verletzung des Anklageprinzips stützte das Bundesgericht die Meinung der Vorinstanz, dass es angesichts der Mehrzahl der Tatvorwürfe genügen müsse, wenn die Anklage ausführt, welche Handlungen dem Beschwerdeführer vorgeworfen würden und über welchen Zeitraum diese erfolgt seien (4.2). Es liege gerade in der Natur der Sache, dass in Fällen von "stalking" die vielen einzelnen Tathandlungen nicht detailliert und zeitlich genau festgelegt werden könnten, sondern gerade nur relativ enge Zeiträume genannt würden, in denen sie stattgefunden hätten (4.3). Generell gäbe es zwar zwischen den Aussagen der Lenkerin sowie jenen von Auskunftspersonen gewisse Unstimmigkeiten bezüglich genauer Daten, allerdings seien die Aussagen insgesamt glaubhaft und auch der Beschwerdeführer bestreite nicht grundsätzlich, dass etwas vorgefallen sei (5.2, 5.4). Angesichts der Tatsache, dass beide an den Vorfällen Beteiligten berufsmässig mit dem Fahrzeug unterwegs seien, wäre auch nicht auszuschliessen, dass es etliche solche Vorfälle gegeben habe und deshalb nicht jeder einzelne davon mit genauem Datum wieder aus der Erinnerung abgerufen werden könne (5.3). Der Beschwerdeführer sei deshalb zu Recht von der Vorinstanz u.a. wegen Nötigung und Verkehrsdelikten verurteilt worden.

Es entspricht gefestigter Rechtsprechung, dass sowohl das unmotivierte Abbremsen eines Fahrzeugs (OGer Solothurn RS 1991 Nr. 26) als auch das bedrängende Auffahren (OGer Uri SJZ 86 [1990], 329) unter bestimmten Voraussetzungen den Tatbestand des Art. 181 StGB erfüllen kann. Voraussetzung für eine Verurteilung ist allerdings, dass das in Frage stehende Geschehen sowohl zeitlich als auch örtlich so eindeutig beschrieben werden kann, dass es den Anforderungen entspricht, die aus prozessualer Sicht an die Bestimmtheit des Verfahrensgegenstandes zu stellen sind. Soweit es um einen Einzelfall der Nötigung geht, wäre es eindeutig nicht ausreichend, wenn die angebliche Tat weder zeitlich noch örtlich hinreichend konkrete-

siert ist. Anders liegt es dann, wenn der Vorwurf dahin geht, dass die Nötigung gerade darin liegt, dass der Täter das Opfer durch ein sich über einen längeren Zeitraum hinziehendes, wiederholtes Verhalten genötigt hat. Das BGer hat anerkannt, dass derartige, als "Stalking" bezeichnete Verhaltensweisen den Tatbestand des Art. 181 StGB zu erfüllen vermögen (BGE 129 IV 262, 267 ff.).

III. Verkehrsregelverletzungen

1. Verkehrsregelverletzungen und Vertrauensgrundsatz nach Art. 26 Abs. 1 SVG (6S.140/2006 vom 20.10.2006; 6P.182/2006 vom 2.11.2006; 6S.431/2006 vom 12.12.2006; 6S.252/2006 vom 17.8.2006; 6P.36/2006 vom 3.8.2006)

Das Bundesgericht hatte sich mehrfach mit Problemen im Zusammenhang mit dem aus Art. 26 Abs. 1 SVG abgeleiteten Vertrauensgrundsatz im Strassenverkehr zu beschäftigen. Danach darf jeder sich selbst regelkonform verhaltende Strassenbenützer grundsätzlich darauf vertrauen, dass sich die anderen Verkehrsteilnehmer ebenfalls regelmässig verhalten. Wenn Anzeichen für ein Fehlverhalten anderer Strassenbenützer bestehen oder eine unklare Verkehrssituation oder andere Gefahrenquellen vorliegen, darf allerdings nicht auf den Vertrauensgrundsatz abgestellt werden (BGE 129 IV 285). Dass die Anwendung des Vertrauensgrundsatzes schwierige und ermessensabhängige Fragen aufwerfen kann, zeigen die vom Bundesgericht entschiedenen Fälle.

6S.140/2006 vom 20.10.2006, Falsch gestellter Blinker bei einem Motorrad.

Ein Motorradfahrer fuhr mit rechts gestelltem Blinker auf eine Kreuzung zu, an der aus der rechten Strasse eine Motorfahrzeuglenkerin einzubiegen beabsichtigte. Diese hatte an der Kreuzung angehalten und vortrittsberechtigzte Fahrzeuge passieren lassen. Den rechts blinkenden Motorradfahrer sah sie von links in einer Entfernung von ca. 30 Meter herannahen. Nach einem weiteren Blick nach rechts fuhr die Fahrzeuglenkerin los, im Vertrauen darauf, dass der Motorradfahrer entsprechend seinem Blinkersignal nach rechts abbiegen und damit gefahrlos an ihr vorbeifahren würde. Der Motorradfah-

rer bog indes nicht ab, sondern wollte geradeaus über die Kreuzung fahren. Beim Versuch, zu bremsen und dem Fahrzeug auszuweichen, stürzte er und zog sich schwere Verletzungen zu.

Das Bundesgericht hat den Freispruch vom Vorwurf der fahrlässigen schweren Körperverletzung durch die Vorinstanzen bestätigt und insbesondere festgehalten, dass die Motorfahrzeuglenkerin aufgrund des Vertrauensgrundsatzes nicht verpflichtet war, einen nochmaligen Kontrollblick nach links zu tätigen, um sicherzugehen, dass der Motorradlenker auch tatsächlich rechts abbiegen würde. Diese Notwendigkeit bestand aufgrund fehlender Hinweise für ein Fehlverhalten des Motorradlenkers sowie aufgrund der übersichtlichen Situation nicht (Pflicht zu nochmaligem Kontrollblick bei unübersichtlicher Situation aber bejaht in BGE 6A.59/2004). Das Bundesgericht zog dazu die Rechtsprechung zur Situation bei, dass ein links abbiegender Lenker den Blinker links gestellt und korrekt eingespurt hat, dann aber beim Abbiegevorgang unzulässig links überholt wird. Auch in dieser Situation ist der Lenker grundsätzlich nicht zu einem nochmaligen Kontrollblick verpflichtet (BGE 125 IV 89, zu Ausnahmen siehe den nachstehenden Entscheid 6P.182/2006).

6P.182/2006 vom 2.11.2006, Linksabbiegen. Eine Fahrzeuglenkerin beabsichtigte, von einer Hauptstrasse links in eine Nebenstrasse abzubiegen. Irrerweise stellte diese den linken Blinker jedoch bereits eine Abzweigung zu früh und verlangsamte ihre Geschwindigkeit. Als sie ihren Irrtum bemerkte, stellte sie den Blinker zurück und beschleunigte wieder. Bei der richtigen Abzweigung stellte sie wiederum den linken Blinker, verlangsamte und bog langsam links ab. Dabei kollidierte sie seitlich mit einem Fahrzeug, welches soeben im Begriffe war, sie links zu überholen. Bezirks- und Obergericht sprachen die Lenkerin wegen mangelnder Aufmerksamkeit beim Linksabbiegen nach Art. 34 Abs. 3 i.V.m. 90 Ziff. 1 SVG schuldig. Das Bundesgericht schützt die Verurteilung.

Die Beschwerdeführerin stützte sich auf den Vertrauensgrundsatz, wonach sie darauf hätte vertrauen dürfen, in der konkreten Situation nicht links überholt zu werden. Sie sei mindestens mit einem Blick in den Rückspiegel

vor dem Blinken ihrer Sorgfaltspflicht nachgekommen. Die vom Bundesgericht bestätigte Begründung des Obergerichtes erachtete dies jedoch nicht als ausreichend. Die Lenkerin habe beim nachfolgenden Lenker Unsicherheiten über ihre Absicht hervorgerufen, weil sie kurz zuvor bereits schon einmal geblinkt und gebremst hatte. Weil der nachfolgende Lenker ihr aufgrund des langsamen Tempos in kurzem Abstand folgte und die unklare Lage von ihr verursacht wurde, wäre sie zur Kompensation der geschaffenen Gefahr verpflichtet gewesen, sich vor dem Abbiegen mit einem Blick nach hinten abzusichern. Indem sie dies unterlassen hatte, habe sie sich selbst nicht regelkonform verhalten und sich deshalb mangels Anwendbarkeit des Vertrauensgrundsatzes strafbar gemacht (5.1, 5.2).

Im Lichte der geltenden Rechtslage ist dieser Entscheid als problematisch einzustufen (so auch ANDREAS A. ROTH, SJZ 103 [2007] Nr. 10, S. 254). Art. 34 Abs. 3 SVG bestimmt zwar, dass der seine Fahrtrichtung ändernde Fahrzeugführer nicht nur auf den Gegenverkehr, sondern auch auf nachfolgende Fahrzeuge Rücksicht nehmen muss. Gleichzeitig bestimmt aber Art. 35 Abs. 5, dass Fahrzeuge nicht überholt werden dürfen, wenn sie die Absicht signalisieren, nach links abzubiegen. Das Signalisieren dieser Absicht ist mit dem Stellen des Blinkers gegeben. Eingespurte Fahrzeuge, welche nach links abzubiegen beabsichtigen, dürfen schliesslich nach Art. 35 Abs. 6 SVG nur rechts überholt werden. Daraus ergibt sich klar, dass die vom links abbiegenden Lenker zu nehmende Rücksicht auf den nachfolgenden Verkehr mittels frühzeitigen Stellens des Blinkers, verbunden mit einer optischen Kontrolle des Verkehrs über die Spiegel, sowie korrekten Verlangsamens und Einspurens erfüllt sein muss. Hat der abbiegende Lenker diese Pflichten erfüllt, gilt für den nachfolgenden Verkehr das – zumindest linksseitige – Überholverbot (so auch noch BGE 125 IV 83). Dies muss vorliegend umso mehr gelten, als der nachfolgende Fahrzeugführer aufgrund der offensichtlichen Unsicherheiten der Lenkerin erhöhte Vorsicht hätte walten lassen müssen. Durch das erste, irrtümliche Anzeigen eines Richtungswechsels hätte der nachfolgende Lenker erahnen müssen, dass sich die vorausfahrende Lenkerin in der Strasse geirrt hatte und dass jederzeit ein erneuter Abbiegevorgang eingeleitet werden könnte, der danach in korrekter Form auch er-

folgt ist. Insofern ist die bundesgerichtliche Forderung, aufgrund der bestehenden Unsicherheiten erhöhte Vorsicht anzuwenden, nicht an die abbiegende Lenkerin zu stellen, sondern an den nachfolgenden Fahrzeugführer.

6S.431/2006 vom 12.12.2006, Ausfahrt aus Parkplatz in Hauptstrasse. Ein Autofahrer beabsichtigte, aus einem Parkfeld hinaus in eine Hauptstrasse zu fahren, wobei er eine der beiden Fahrbahnen zu überqueren hatte. Während ein Personenwagen abbremste, um dieses Manöver zu ermöglichen, beschleunigte ein dem abbremsenden Fahrzeug folgendes Motorrad und setzte zum – an dieser Stelle erlaubten – Überholen an. Es überschritt dabei die maximal zugelassene Geschwindigkeit nicht. In der Folge kollidierte der Motorradlenker mit dem auf die Strasse hinausfahrenden Fahrzeug und verletzte sich dabei erheblich. Eine Strafuntersuchung gegen den aus dem Parkplatz in die Strasse hinausfahrenden Lenker wurde mangels schuldhaften Verhaltens eingestellt, was von der Vorinstanz geschützt wurde.

Das Bundesgericht hob diesen Entscheid auf mit dem Hinweis, die Vorinstanz habe vertiefter abzuklären, ob der Fahrzeugführer in der konkreten Situation nicht doch damit rechnen musste, dass ein Motorrad versuchen könnte, das abbremsende Fahrzeug zu überholen (5.2; vgl. auch BGE 106 IV 60). Zwar wäre einem Automobilisten keine Vortrittsverletzung vorzuwerfen, wenn aus seiner Sicht die Verkehrslage ihm erlaube, sich ohne jemanden zu behindern in den Verkehr einzufügen, dabei aber trotzdem ein sich in nicht vorhersehbarer Weise regelwidrig verhaltender Verkehrsteilnehmer behindert wird (BGE 125 IV 88, 120 IV 252). Ohne gegenteilige Anzeichen müsse ein Ein- oder Abbiegender auch nicht damit rechnen, dass ein nachfolgendes Fahrzeug überraschend auftauchen oder dass ein bereits sichtbares Fahrzeug plötzlich beschleunigen und links überholen könnte (vgl. zum Linksabbiegen BGE 125 IV 88). Im Sinne der Verkehrssicherheit könne aber nicht leichthin davon ausgegangen werden, der Vortrittsbelastete habe nicht mit der Vorbeifahrt eines anderen Fahrzeuges rechnen müssen (BGE 120 IV 252) (4.5). Dabei sei entgegen der Auffassung der Vorinstanz für die Beurteilung der Strafbarkeit des Automobilisten auch nicht von entscheidender Bedeutung, ob der Motorradfahrer aufgrund konkreter Anzeichen für ein mögliches Fehlverhalten des Autofahrers auf das Überholen hätte verzichten

müssen, weil eine Schuldkompensation dem Strafrecht fremd sei und deshalb durchaus beide an der Kollision beteiligten Lenker sich einer Verkehrsregelverletzung schuldig gemacht haben könnten (5.3).

6S.252/2006 vom 17.8.2006, Ausfahrt aus Hauseinfahrt in Hauptstrasse.

Während ein Automobilist aus seiner Hausausfahrt rückwärts in eine mit 60 km/h beschilderte Hauptstrasse einbog, setzte eine auf dieser Hauptstrasse fahrende Fahrzeuglenkerin mit ihrem Fahrzeug zum Überholen eines langsam fahrenden Traktors an. Dabei kam es zur Kollision mit dem aus der Hauseinfahrt einbiegenden Fahrzeug. Der fragliche Fahrbahnbereich war für den aus der Hausausfahrt einbiegenden Lenker sehr schwer zu überblicken, während die Fahrbahnen an besagter Stelle mit einer Sicherheitslinie markiert gewesen waren. Mangels genauerer Anhaltspunkte ging die Vorinstanz davon aus, dass die Fahrzeuglenkerin mehr als 10 Meter vor Ende der Sicherheitslinie zum Überholen angesetzt hatte und sie vom aus der Hausausfahrt einbiegenden Lenker bis unmittelbar vor der Kollision nicht gesehen wurde. Der aus der Hauseinfahrt einbiegende Lenker wurde wegen einfacher Verletzung von Verkehrsregeln durch Nichtgewähren des Vortritts beim Rückwärtseinfügen in eine Hauptstrasse nach Art. 90 Ziff. 1 SVG i.V.m. Art. 73 Abs. 6 lit. a SSV schuldig gesprochen. Das Bundesgericht schützt die Verurteilung.

Nach Art. 36 Abs. 4 SVG hat der rückwärts aus einer Ausfahrt einbiegende Lenker allen anderen auf der Strasse befindlichen Fahrzeugen den Vortritt zu gewähren und alle notwendigen Massnahmen zu treffen, welche für die Verhinderung von Gefahren nötig sind. Ein überholender Fahrzeuglenker hat dagegen nach Art. 35 Abs. 3 SVG auf die übrigen Strassenbenützer, insbesondere die überholten, die notwendige Rücksicht zu nehmen. Dabei dürfen nach Art. 73 Abs. 6 lit. a SSV Sicherheitslinien weder überfahren noch überquert werden (2.1). Der Beschwerdeführer stützte sich auf den Vertrauensgrundsatz und machte geltend, er habe sich darauf verlassen dürfen, dass die Sicherheitslinie von anderen Verkehrsteilnehmern respektiert würde und niemand vorher rechtswidrig überholen würde (2.). Grundsätzlich darf sich zwar auch derjenige auf den Vertrauensgrundsatz berufen, der rückwärts aus einem Hausvorplatz in eine Hauptstrasse einbiegt, und er

muss insbesondere nicht damit rechnen, dass ein sichtbarer Verkehrsteilnehmer plötzlich seine Geschwindigkeit erhöht und verkehrsregelwidrig überholt oder abbiegt (BGE 125 IV 83). Das Bundesgericht schränkt diese Grundsätze allerdings dahingehend ein, dass im Sinne der Verkehrssicherheit nicht leichthin angenommen werden könne, der Wartepflichtige habe nicht mit der Vorbeifahrt eines Vortrittsberechtigten rechnen müssen (2.2).

Weil der Beschwerdeführer rückwärts in die Hauptstrasse hinaus fuhr, die Sichtverhältnisse für ihn dabei stark eingeschränkt waren und er überdies grundsätzlich vortrittsbelastet war, schuf er eine gefährliche Situation und wäre verpflichtet gewesen, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, welche der Verhinderung einer Beeinträchtigung oder gar Gefährdung vortrittsberechtigter Verkehrsteilnehmer gedient hätten. Die fragliche Sicherheitslinie endete zudem kurz vor der Ausfahrt des Beschwerdeführers, womit objektiv zumindest damit zu rechnen gewesen wäre, dass ein Fahrzeuglenker an dieser Stelle zum Überholen des langsam fahrenden Traktors ansetzen würde. Daher hätte der Beschwerdeführer die Vorbeifahrt des Traktors abwarten müssen, um das Verkehrsgeschehen dahinter überblicken und gefahrlos in die Hauptstrasse einbiegen zu können. Somit hat der Beschwerdeführer seine Sorgfaltspflichten missachtet, weshalb er sich seinerseits nicht mehr auf den Vertrauensgrundsatz berufen kann (3.).

6P.36/2006 vom 3.8.2006, Unbeleuchteter Fahrradfahrer. Das Bundesgericht hat schliesslich im Fall einer Kollision zweier Fahrradfahrer festgehalten, dass, wer bei einbrechender Nacht ohne Licht unterwegs sei, sich fahrlässig verhalte. Im zu beurteilenden Fall hatte der unbeleuchtete Fahrradfahrer zudem den Rechtsvortritt missachtet. Dementsprechend habe sich der korrekt fahrende Fahrradlenker darauf verlassen dürfen, nicht mit einem vortrittsbelasteten und unbeleuchteten anderen Fahrradfahrer zu kollidieren (6.2).

2. Sorgfaltspflichten bei Nacht (6S.120/2005 vom 9.1.2006; 1P.637/2005 vom 2.2.2006)

6S.120/2005 vom 9.1.2006, Ablenkung durch Scheinwerfer. Eine Fahrzeuglenkerin fuhr nachts auf einer geraden, beleuchteten, jedoch nassen Fahrbahn, auf der eine Fahrradfahrerin neben ihrem Fahrrad lag. Diese war entweder aufgrund ihres Alkoholkonsums gestürzt oder aber hatte sich absichtlich und zum wiederholten Male selber auf die Strasse gelegt, damit man sich um sie kümmere. Von mehreren entgegenkommenden Fahrzeugen wurde die Autofahrerin mit Lichtthupen gewarnt, was zusammen mit der nassen Fahrbahn jedoch dazu führte, dass sie geblendet wurde (A.) und sich auf den Fahrzeugarmaturen vergewisserte, ob sie allenfalls selber das Fernlicht eingeschaltet hatte (2.). Die Fahrzeugführerin kollidierte in der Folge mit dem auf dem Boden liegenden Fahrrad und schleifte die Fahrradfahrerin einige Meter bis zum Stillstand mit. Die Fahrradfahrerin zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

Das Bundesgericht stützte die erst- und zweitinstanzliche Verurteilung wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung, weil die Fahrzeuglenkerin die nach Art. 31 Abs. 1 SVG notwendige situationsgemässe Aufmerksamkeit nicht aufgebracht habe. Insbesondere hätte sie sich durch die wiederholten Lichtzeichen nicht mehr ablenken lassen dürfen, sondern sich bereits nach dem ersten Signal vergewissern müssen, ob sie selber die Fernlichter eingeschaltet hatte. Hätte sie diesen Kontrollblick zu einem frühen Zeitpunkt bereits ausgeführt gehabt und sich nicht durch den Blick in die Scheinwerfer der weiteren entgegenkommenden Fahrzeuge blenden lassen, wäre es ihr möglich gewesen, das auf der Fahrbahn liegende Fahrrad zu erkennen und damit auch rechtzeitig anzuhalten. Unerheblich für den Schuldspruch war auch, dass die Fahrradfahrerin schwarz gekleidet und deshalb schlecht zu erkennen war. Jedenfalls wäre das Fahrrad bei entsprechender Aufmerksamkeit erkennbar gewesen, woraus die Fahrzeuglenkerin zumindest hätte in Betracht ziehen müssen, dass deren Lenkerin ebenfalls auf der Strasse liegen könnte. Zudem hat das Bundesgericht zum wiederholten Male (vgl. III. 1., BGE 125 IV 88) festgehalten, dass sich nicht auf den aus Art. 26 Abs. 1

SVG abgeleiteten Vertrauensgrundsatz berufen könne, wer sich selber nicht regelkonform verhalte (2.).

1P.637/2005 vom 2.2.2006, Fussgänger überquert ausserorts bei Nacht Fahrbahn. Nach Einbruch der Dunkelheit wurde eine Fussgängerin, welche, vom linken Fahrbahnrand kommend, ausserorts (80 km/h signalisiert) eine Strasse überquerte, von einem korrekt auf der rechten Fahrbahn fahrenden Fahrzeug erfasst und dabei schwer verletzt. Das Bundesgericht stützt den vorinstanzlichen Freispruch des Automobilisten vom Vorwurf der fahrlässigen schweren Körperverletzung, weil die Kollision nicht zu vermeiden und auf das Verhalten der Fussgängerin, welche das Vortrittsrecht des Fahrzeugs missachtete, zurückzuführen gewesen sei. Insbesondere sei der Automobilist unter den gegebenen Umständen nach dem Vertrauensgrundsatz nicht verpflichtet gewesen, seine Aufmerksamkeit auch der von ihm nicht benützten Gegenfahrbahn zu widmen und bei der von links über die Gegenfahrbahn die Strasse überquerenden Fussgängerin die zulässige Geschwindigkeit zu vermindern. Dem Fahrzeuglenker sei es nicht möglich gewesen, sein Fahrzeug rechtzeitig zum Stillstand zu bringen, weil gemäss dem vom Bundesgericht geschützten Urteil des Obergerichts die eher kleine, dunkel gekleidete und zuvor möglicherweise von anderen Fahrzeugen verdeckte Fussgängerin für den Automobilisten erst sichtbar geworden sei, als diese von der Gegenfahrbahn herkommend über die Mittellinie in das vom Fahrzeugscheinwerfer ausgeleuchtete Sichtfeld getreten sei. Zudem könne aufgrund der unter den gegebenen Umständen nicht angezeigten Bremsbereitschaft auch nicht von einer Reaktionszeit von weniger als einer Sekunde – wie dies die Berechnungen im Vorbringen der Fussgängerin dargestellt hatten – ausgegangen werden, was es dem Fahrzeuglenker erst recht nicht ermöglicht hätte, sein Fahrzeug frühzeitig zum Stillstand zu bringen (2.4).

3. Lesen einer auf dem Lenkrad und den Oberschenkeln abgestützten Zeitung im stockenden Kolonnenverkehr: keine einfache Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 1 SVG (6P.68/2006, 6S.128/2006 vom 6.9.2006)

Ein Lenker eines Personenwagens fuhr in stockendem Kolonnenverkehr eine gut ausgebaute, übersichtliche Hauptstrasse entlang, in deren Verlauf sich weder Abzweigungen noch Fussgängerquerungen oder Trottoirs befanden. Die Verkehrsdichte ermöglichte es dem Lenker, lediglich jeweils um wenige Meter im Schrittempo vorzurücken, bevor eine nächste Stillstandsphase folgte. Während der Stillstandsphasen las der Fahrzeuglenker eine Zeitung, welche er teilweise auf dem Lenkrad, teilweise auf seinen Oberschenkeln abgestützt hatte. Während Phasen des Vorrückens las er zwar nicht, belies die Zeitung allerdings auf Lenkrad und Beinen (2., 3.3.1). Der Lenker wurde vom Obergericht Zürich wegen Verletzung von Art. 90 Ziff. 1 i.V.m. Art. 31 Abs. 1 und 3 SVG sowie Art. 3 Abs. 1 VRV verurteilt (A.).

Zentraler Vorwurf im obergerichtlichen Schuldspruch war, dass der Lenker in den Phasen des Vorrückens die Zeitung nicht hätte auf Lenkrad und Beinen belassen dürfen, weil sie herunterrutschen und dadurch eine Fehlreaktion in der Fahrzeugbedienung hätte auslösen können. Das Bundesgericht teilt diese Argumentation nicht und hält fest, dass die Zeitung sehr wohl hätte herunterrutschen können, das Risiko einer Fehlreaktion in der Fahrzeugbedienung aber unter den gegebenen Umständen praktisch auszuschliessen war. Dies deshalb, weil die Zeitung beim Herunterrutschen weder selber Schaden hätte nehmen, noch Teile des Fahrzeugs beschädigen oder gar den Lenker verletzen können. Dies im Gegensatz zum Beispiel zu Nahrungsmitteln, Getränken, Zigaretten, Fotoapparaten oder Mobiltelefonen. Zudem sei die Bedienung des Fahrzeuges während den kurzen Phasen des Vorrückens im Schrittempo äusserst einfach gewesen, womit eine heruntergerutschte Zeitung problemlos auch erst anlässlich der nächsten Stillstandsphase wieder hätte aufgenommen werden können (3.3.4).

Aufgrund der konkret vorliegenden Umstände war laut Bundesgericht auch nicht ersichtlich, dass der Lenker die notwendige Aufmerksamkeit jeweils

beim Anfahren nicht hätte aufbringen können, was ihm überdies von der Vorinstanz auch nicht vorgeworfen wurde. Die Tatsache, dass er jeweils rechtzeitig nach einer Stillstandsphase losgefahren sei, lasse erkennen, dass er der Zeitungslektüre nicht die volle Aufmerksamkeit zukommen liess (3.3.2). Zudem hätte die Zeitung auf Lenkrad und Beinen zwar die Position der Hände am Lenkrad beeinflusst und die Bewegungen der Beine eingeschränkt, dies in der vorliegenden Situation mit Schrittempo, gerader, ebener Strecke, kurzen Fahrphasen über wenige Meter und keinen sonstigen Beeinträchtigungen allerdings derart geringfügig, dass dies keine strafrechtliche Relevanz habe erreichen können (3.3.3). Schliesslich hielt das Bundesgericht fest, dass nicht schon ein Verhalten tatbestandsmässig sein könne, welches beim möglichen Eintritt eines störenden Ereignisses allenfalls eine Fehlreaktion in der Fahrzeugbedienung hervorrufen könnte, sondern gerade erst diese Fehlreaktion den dem Lenker vorgeworfenen Tatbestand zu erfüllen vermöge. Andernfalls müsste zum Beispiel schon das Rauchen einer Zigarette während dem Autofahren strafbar sein, weil durch herunterfallende Asche das Risiko einer Fehlreaktion bestünde (3.3.5). Der Beschwerdeführer hat sich demgemäss entgegen der Meinung des Obergerichts Zürich durch die fraglichen Handlungen nicht strafbar gemacht (3.4).

Der Hinweis des Bundesgerichts, dass erst eine konkrete Fehlreaktion den dem Lenker vorgeworfenen Tatbestand zu erfüllen vermöge (3.3.5), kann nicht überzeugen. Sowohl Art. 31 Abs. 3 SVG wie auch Art. 3 Abs. 1 VRV setzen keinen Erfolg im Sinne einer ausgeführten Fehlreaktion für die Strafbarkeit voraus. Entscheidend ist nur, dass der Lenker durch sein Verhalten in der sorgfältigen Bedienung des Fahrzeugs *behindert* (Art. 31 Abs. 3 SVG) respektive die Fahrzeugbedienung *erschwert* wird (Art. 3 Abs. 1 VRV) und dadurch seine Aufmerksamkeit und seine Vorsichtspflicht beeinträchtigt ist. Deshalb muss zur Strafbarkeit bereits eine durch die erschwerte Bedienung des Fahrzeuges geschaffene konkrete Gefahr einer Fehlreaktion ausreichen. Nur so kann auch dem Gedanken der Verkehrssicherheit Rechnung getragen, trotzdem aber Bagatellfälle wie das vom Bundesgericht angeführte Rauchen während der Fahrt von der Strafbarkeit ausgeschlossen werden. Für den vorliegenden Fall bedeutet dies, dass es entscheidend auf das Aus-

mass der Behinderung ankommt, ob die auf dem Lenkrad und den Knien des Fahrers liegende Zeitung die Fahrzeugbedienung mehr als nur unerheblich erschwert hat, was angesichts der in Frage stehenden besonderen Verkehrssituation vertretbar verneint werden konnte.

4. Nichtbelassen des Vortritts auf Fussgängerstreifen: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (6S.387/2005 vom 13.1.2006)

Bei einsetzender Dämmerung, schneenassen Strassen und noch nicht eingeschalteter Strassenbeleuchtung fuhr eine Lenkerin mit 40-45 km/h in Richtung eines Fussgängerstreifens, wobei sie die Geschwindigkeit weiter verlangsamt. Gleichzeitig war eine Fussgängerin im Begriffe, diesen zu überqueren. Sie wurde von der Fahrzeuglenkerin erst im letzten Moment als von rechts auftauchender Schatten wahrgenommen. Eine sofort eingeleitete Vollbremsung konnte den Zusammenstoss mit der Fussgängerin nicht mehr vermeiden (A, 2.1). Gemäss Bundesgericht erfolgte die Verurteilung wegen Nichtbelassen des Vortritts zu Recht, hätte die Lenkerin als ortskundige Person doch ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf den Fussgängerstreifen richten dürfen, sondern diese auch auf das Trottoir davor richten müssen. Hätte sie dies getan, wäre die Fussgängerin frühzeitig zu erkennen gewesen (2.2). Nur dann wäre es der Lenkerin auch möglich gewesen, der Vorschrift von Art. 33 Abs. 2 SVG nachzukommen, wonach ein Anhalten zur Vortritts-gewährung möglich sein muss. Dem kam die Lenkerin nicht nach, was durch die Tatsache unterstrichen wurde, dass trotz Vollbremsung ihr Fahrzeug erst auf und nicht schon vor dem Fussgängerstreifen zum Stillstand kam (3.3). Daran vermochte auch nicht die im Bereich vor dem Fussgängerstreifen noch verlangsamte Geschwindigkeit etwas zu ändern (2.1).

5. Überholmanöver, Schwere des Verschuldens (6A.4/2006 vom 27.2.2006)

Ein Fahrzeuglenker befuhr eine mit 80 km/h beschilderte Passstrasse mit einer rechtlich relevanten Geschwindigkeit von 110 km/h (A). Den gegen ihn ausgestellten Strafbefehl focht der Lenker nicht an (2.), wohl aber die verfü-

te Entzugsdauer von drei Monaten, welche er auf einen Monat zu senken beantragte (B, C). Der Beschwerdeführer führte aus, dass er zwar die signalisierte Höchstgeschwindigkeit um 30 km/h überschritten hätte, ihn jedoch aufgrund der konkreten Umstände kein schweres Verschulden getroffen hätte. Er sei in einer Kolonne hinter einem sehr langsam fahrenden Fahrzeug gefahren, als mehrere weitere Fahrzeuge zu ihm aufgeschlossen hätten. Als er dann auf offener Strecke ohne Gegenverkehr zum Überholen angesetzt habe, habe das überholte Fahrzeug ebenfalls beschleunigt und ihn vor die Wahl gestellt, noch weiter zu beschleunigen oder das Überholmanöver abubrechen und sich wieder zurückfallen zu lassen. Weil hinter ihm bereits zwei weitere Fahrzeuge auf die linke Fahrbahn ausgeschwenkt seien, habe er einen Abbruch des Überholvorgangs für zu gefährlich gehalten (1.).

Das Bundesgericht schützte den vorinstanzlichen dreimonatigen Führerausweisentzug (4.). Das Bundesgericht schenkte zwar bereits der Darstellung des Lenkers keinen Glauben (siehe nachstehend VII. 2.), führte aber zusätzlich aus, dass auch unter den vom Beschwerdeführer angegebenen Umständen diesen ein schweres Verschulden getroffen hätte. Einerseits fuhr der angeblich überholte Lenker sehr viel langsamer als die erlaubten 80 km/h. Damit hätte die erlaubte Maximalgeschwindigkeit für einen ausreichenden Geschwindigkeitsunterschied gesorgt, um das Überholmanöver ausführen zu können. Andererseits ging der Beschwerdeführer das Risiko eines Rennens ein, als der überholte Lenker ebenfalls beschleunigt hatte. Darin, dass er zu diesem Zeitpunkt das Manöver nicht abgebrochen hatte, sah das Bundesgericht ohne weiteres ein qualifiziertes Verschulden. Gegenüber den nachfolgenden, ebenfalls zum Überholen ansetzenden Fahrzeugen hätte der Beschwerdeführer laut Bundesgericht mittels mehrmaligen kurzen Antippens der Bremsen gefahrlos signalisieren können, dass er sein Überholmanöver abbrechen würde. Und schliesslich hätte er sich angesichts der erhöhten Geschwindigkeit des überholten Fahrzeugs nur eine kurze Strecke zurückfallen lassen müssen, um hinter diesem wieder auf die Normalspur einbiegen zu können.

Die Hinweise des Bundesgerichts sind grundsätzlich sicherlich zutreffend, mit Ausnahme jedoch der angeblich gefahrlosen Signalisierung des Ab-

bruchs des Überholmanövers mittels mehrmaligen Antippens der Bremse. Hierzu sei in praktischer Hinsicht doch die Frage gestellt, ob nicht gerade eine Gefahr geschaffen bzw. erhöht wird, wenn auf einer Passstrasse bei einer Geschwindigkeit von 110 km/h während eines Überholmanövers, bei dem bereits zwei weitere Fahrzeuge hinter dem Überholenden ausgeschwenkt waren, das Bremspedal angetippt werden soll. Zunächst ist bei dieser Geschwindigkeit und der bergwärts gerichteten Fahrtrichtung schon mit einer deutlich spürbaren Verzögerung des Fahrzeuges zu rechnen, wenn der Fuss vom Gaspedal genommen wird. Allein dies vermag die Gefahr eines Unfalles zwischen dem überholenden Fahrzeug und den ebenfalls zum Überholen ausgeschwenkten Fahrzeugen deutlich zu erhöhen, weil die folgenden Fahrzeuge mitten in einem Überholvorgang kaum auf ein derartiges Fahrmanöver gefasst sind. Sodann bedarf es einigen fahrerischen Feingefühls, die Bremse nur so anzutippen, dass zwar die Bremslichter aufleuchten, das Fahrzeug aber dadurch nicht deutlich abgebremst wird. Insgesamt gesehen dürfte die Empfehlung des Bundesgerichtes zur angeblich gefahrlosen Signalisierung des Abbruchs eines Überholmanövers die fahrerischen Fähigkeiten eines Durchschnittslenkers übersteigen. Jedenfalls dürfte durch ein derartiges Verhalten die Unfallgefahr gerade nicht reduziert werden.

IV. Kinder als Gefahrenquellen im Strassenverkehr

Mehrfach hatte sich das Bundesgericht mit Unfällen zu beschäftigen, in die Kinder verwickelt waren. Im Zusammenhang mit Kindern im Strassenverkehr ist auf Art. 26 Abs. 2 hinzuweisen, welcher eine Ausnahme vom allgemeinen Vertrauensgrundsatz darstellt und bestimmt, dass gegenüber Kindern besondere Vorsichtspflichten gelten. Der Fahrzeuglenker muss dabei Kinder, die nicht auf den Verkehr achten, warnen (BGE 86 II 41), nach Art. 4 Abs. 3 VRV die Geschwindigkeit mässigen und notfalls anhalten. Diese Bestimmungen sind aber, auch unter dem Gesichtspunkt von sozialadäquaten Gefahren, nicht derart weit auszulegen, dass ein Fahrzeugführer wegen der bloss entfernten Möglichkeit eines nicht sichtbaren Kindes, welches in die Fahrbahn treten könnte, seine Fahrweise so wählen muss, dass jegliche Un-

fallgefahr ausgeschlossen werden kann (BGE 80 IV 132). Unvorsichtig handelt aber derjenige, welcher trotz rechtzeitig erkennbarer Kinder seine Fahrt unverändert fortsetzt (BGE 98 IV 223) oder konkrete Hinweise auf die Möglichkeit des Auftauchens von Kindern ignoriert, wie Warntafeln, Schulhäuser, Kindergärten oder Spielzeuge im Fahrbahnbereich (BGE 80 IV 133).

1. Unvermitteltes Hineinlaufen eines Kindes in die Seite eines Fahrzeuges, Einstellung der Strafuntersuchung: keine fahrlässige einfache Körperverletzung, Art. 125 Abs. 1 StGB (6S.78/2006 vom 31.5.2006)

Ein Fahrzeuglenker fuhr mit einer Geschwindigkeit von 30 bis 40 km/h auf einer mit 50 km/h als zulässiger Höchstgeschwindigkeit signalisierten Strasse, als unvermittelt zwei Kinder auf die Strasse rannten. Eines der beiden Kinder stiess gegen die Seite des Fahrzeuges, wurde von diesem erfasst und zog sich einen Bruch des Oberschenkels zu. Die Untersuchungsbehörde stellte eine gegen den Fahrzeugführer angehobene Strafuntersuchung aufgrund einer nicht zu erwartenden Verurteilung ein, was vom Bundesgericht nicht beanstandet wurde. Aufgrund der gegenüber der zulässigen Höchstgeschwindigkeit um ca. 15 km/h verminderten Geschwindigkeit, übereinstimmenden Zeugenaussagen, wonach das verletzte Kind unvermittelt auf die Strasse gerannt sei, sowie dem Spurenbild, welches ergab, dass das Kind in die Seite des Fahrzeuges gerannt war, konnte gemäss Bundesgericht eine Verurteilung ohne weiteres ausgeschlossen und die Strafuntersuchung eingestellt werden.

2. Kollision zweier Fahrradfahrer, Kenntnis der Vortrittsregeln, Signalisation: fahrlässige schwere Körperverletzung Art. 125 Abs. 2 StGB (6P.36/2006 vom 3.8.2006)

Eine 13jährige Fahrradfahrerin fuhr bei Dämmerung ohne Licht und ohne anzuhalten über die Wartelinie ihrer mit "Kein Vortritt" signalisierten Strasse hinaus in eine Hauptstrasse. Dabei kam es zu einer Streifkollision mit einem zweiten Fahrradfahrer, welcher von rechts aus einer ebenfalls vortrittsbelasteten Seitenstrasse in dieselbe Hauptstrasse einfuhr und die Fahrtrichtung

seiner Kontrahentin geradeaus queren wollte. Der Fahrradfahrer kam in der Folge zu Fall und brach sich das Knie. Die ohne Licht fahrende und vortrittsbelastete Fahrradfahrerin führte gegen ihre Verurteilung wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung Beschwerde mit der Begründung, dass die Signalisation für den verletzten Kontrahenten nicht eindeutig gewesen und dieser deshalb zu besonderer Vorsicht i.S.v. Art. 26 Abs. 2 SVG verpflichtet gewesen sei. Er hätte sich daher weder auf den Vertrauensgrundsatz noch auf ein Vortrittsrecht berufen dürfen. Ausserdem habe er gegen das Rechtsfahrgebot verstossen (4.). Das Bundesgericht schützt das Urteil der Vorinstanz und weist die Beschwerden der Fahrradfahrerin ab, soweit darauf einzutreten war.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert insbesondere die Aussage des Bundesgerichts, dass von einer 13jährigen Fahrradfahrerin erwartet wird, die Vortrittsregeln zu kennen. Diesbezüglich gilt unter zwei vortrittsbelasteten Nebenstrassen gemäss Art. 15 Abs. 2 VRV die Rechtsvortrittsregel, welche vorliegend dem verletzten Fahrradfahrer den Vortritt gegenüber der Beschwerdeführerin einräumte. Dagegen und gegen die Vorschrift von Art. 14 Abs. 1 VRV, wonach der vortrittsberechtigte Lenker nicht in seiner Fahrt behindert oder gefährdet werden darf, hatte die Beschwerdeführerin verstossen (6.1).

Die Rüge der unklaren Signalisation beruhte darauf, dass die Nebenstrasse des verletzten Fahrradfahrers linksseitig mit einem Signal "Rechtsabbiegen" und, darauf bezogen, auf der rechten Strassenseite mit einer Tafel "ausgenommen Motorfahräder und Fahrräder" beschildert war. Obwohl das Bundesgericht offen gelassen hat, ob die unklare Beschilderungssituation der in Art. 103 Abs. 1 SSV vorgesehenen zwingenden Ausnahme vom Grundsatz der rechtsseitigen Beschilderung entsprechen könnte, hat es festgehalten, dass sie für den verletzten Fahrradfahrer jedenfalls einen schützenswerten Rechtsschein begründete und auch deshalb die Verurteilung gerechtfertigt war (vgl. auch BGE 128 IV 184; 6S.411/2005; 6S.12/2006; zur Kritik der Verwirrung der Signalisation vgl. ANDREAS A. ROTH, SJZ 103 [2007] Nr. 10, S. 251).

3. Unvermitteltes Einbiegen von einem Radweg in eine Hauptstrasse, Sorgfaltspflicht Automobilist: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.13/2006 vom 30.8.2006)

Eine 12jährige Schülerin befuhr mit ihrem Fahrrad einen parallel zu einer mit 80 km/h signalisierten Hauptstrasse verlaufenden Radweg. Der Radweg mündet schliesslich in die Hauptstrasse ein, wobei er gegenüber der Hauptstrasse vortrittsbelastet ist. Die Schülerin fuhr unvermittelt aus dem Radweg in die Hauptstrasse ein, wurde dabei von einem Personenwagen mit rund 75 km/h erfasst und schwer verletzt. Die ursprüngliche Einstellung der Strafuntersuchung, welche von der kantonalen Instanz bestätigt wurde, hob das Bundesgericht auf (BGE 6P.17/2004; 6S.49/2004), worauf der Lenker des Fahrzeugs erstinstanzlich frei-, zweitinstanzlich hingegen wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung schuldig gesprochen wurde. Das Bundesgericht stützt mit dem vorliegenden Entscheid den schliesslich ergangenen Schuldspruch des Obergerichts. Die vom Bundesgericht bestätigten Erwägungen der Vorinstanz werfen dem Autofahrer vor, dass er seine Sorgfaltspflichten nach Art. 26 Abs. 2 SVG in der konkret vorliegenden Situation nicht wahrgenommen habe. Er habe rund 250 Meter vor der Kollisionsstelle erkannt, dass es sich bei den Radfahrern um Kinder handelte und hätte dementsprechend mit Verkehrsregelverletzungen rechnen müssen. Insofern hätte er die Geschwindigkeit mässigen, Bremsbereitschaft erstellen, die Kinder andauernd beobachten und nötigenfalls Warnsignale abgeben müssen. Einschränkend wurde festgehalten, dass diese Pflichten nicht allgemein in jedem Fall schon beim Anblick eines Kindes gelten würden, jedenfalls aber im vorliegenden Fall, wo dem ortskundigen Lenker bewusst gewesen sei, dass der Radweg in die Hauptstrasse mündet und die Fahrradfahrer entweder in die Hauptstrasse einbiegen oder diese queren würden. Deshalb hätte er die entsprechenden Vorsichtsmassnahmen ergreifen müssen.

Dieser Entscheid wirft im Vergleich zu BGE 6P.36/2006 (siehe vorstehend IV.2.) Fragen auf. In diesem vergleichsweise herangezogenen Entscheid ignorierte eine 13jährige Fahrradfahrerin den Rechtsvortritt eines anderen Fahrradfahrers, wodurch dieser zu Fall kam und sich schwer verletzte. Der Schuldspruch wurde unter anderem damit begründet, dass bei der Schülerin

die Vortrittsregeln als bekannt vorauszusetzen waren. Im vorliegenden Entscheid ist nun zu berücksichtigen, dass sich die 12jährige Schülerin schon subjektiv in einer deutlich gefährlicheren Verkehrssituation befand – sie fuhr schliesslich vor der Unfallstelle parallel zu einer Ausserortsstrecke, auf der die Fahrzeuge mit 80 km/h an ihr vorbeifuhren. Trotzdem fuhr sie am Ende des Radweges unvermittelt in die Hauptstrasse hinaus, was nur auf völlig fehlendes Gefahrenbewusstsein und fehlende Kenntnis der Verkehrsregeln schliessen lässt. Es ist insofern also fraglich, ob und wie weit die Kenntnis von Vortrittsregeln bei Kindern vorausgesetzt werden können und welche Folgerungen sich daraus hinsichtlich der Sorgfaltspflicht anderer Verkehrsteilnehmer ergeben.

4. Abbiegemanöver mit einem Lastwagen, toter Winkel, Sichtbarkeit von Kindern: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.342/2005 vom 2.2.2006)

Beim Überqueren einer Quartierstrasse wurde ein sechsjähriger Junge von einem Kehrriichtlastwagen angefahren, der im Begriffe war, in die vom Jungen überquerte Strasse einzubiegen. Der Junge, welcher zuvor parallel zum Lastwagen auf dem Trottoir gerannt war, wurde dabei schwer verletzt. Gemäss Bundesgericht trafen den Lastwagenfahrer, in Abweichung zum erstinstanzlichen Urteil, in diesem Fall keine besondere Sorgfaltspflichten aus Art. 26 Abs. 2 SVG im Zusammenhang mit Kindern, die sich erkennbar in der Nähe des Fahrzeuges befinden. Dies einerseits, weil für den Lenker vor dem Abbiegemanöver überhaupt nicht erkennbar war, dass das später verletzte Kind ständig im toten Winkel neben dem Kehrriichtfahrzeug herlief und andererseits weil sich zwei weitere Kinder in grösserer Distanz zum Fahrzeug befanden und zu keinem Zeitpunkt des Abbiegemanövers überhaupt in den Gefahrenbereich des Fahrzeuges geraten konnten (4.1). Der Schuldspruch liess sich jedoch auf allgemeine Erwägungen die Rechtsprechung zum toten Winkel bei Lastwagen (BGE 127 IV 42) betreffend stützen (siehe V. 2.).

V. Uneinsehbare Bereiche und Einsatz von Hilfspersonen

1. Rückwärtsmanövrieren mit einem LKW, Einsatz von Hilfsperson: fahrlässige Tötung, Art. 117 StGB (6S.465/2006 vom 2.12.2006)

Ein Berufsschauffeur fuhr zum Entladen seiner Ladung rückwärts bis wenige Meter an eine Rampe einer öffentlichen Verladehalle, um vorerst die Türen des Aufliegers zu öffnen, bevor er die letzten Meter des schlecht ausgeleuchteten Bereichs zurücksetzen wollte. Nachdem er vom Öffnen der Türen wieder in die Fahrerkabine zurückgekehrt war, begann er mit dem Zurücksetzen. Inzwischen hatte sich aber ein Arbeiter zwischen den Auflieger und die dahinter befindliche Entladerampe begeben. Dieser wurde beim Rückwärtsfahren gegen die Rampe gedrückt und so schwer verletzt, dass er kurz darauf seinen Verletzungen erlag.

Der von der Vorinstanz wegen fahrlässiger Tötung verurteilte belgische Chauffeur machte vor Bundesgericht geltend, dass er vom Beizug einer Hilfsperson nach Art. 17 Abs. 1 VRV habe absehen dürfen, weil er mit dem unvernünftigen Verhalten des Opfers nicht habe rechnen müssen und er deshalb zumindest den Kausalverlauf nicht einmal in seinen Umrissen hätte voraussehen müssen, wenn ihm denn überhaupt eine Pflichtverletzung vorgeworfen werden könne. Ausserdem seien die mangelhaften Sichtverhältnisse infolge schlechter Beleuchtung für die Beurteilung der Pflicht, eine Hilfsperson beizuziehen, nicht relevant gewesen, weil er selbst bei bester Beleuchtung des Bereiches der Verladerampe den Verunfallten nicht hätte erkennen können. Zudem sei es in Belgien nicht üblich, bei derartigen Manövern Hilfspersonen beizuziehen, was bei seinem Erfahrungsmassstab von Bedeutung sei (1.2). Schliesslich sei bei der kurzen noch zurückzulegenden Strecke von 3-4 Metern und der nur 20-30 Sekunden zurückliegenden Sichtprüfung jegliche Gefahr i.S.v. Art. 17 Abs. 1 VRV ausgeschlossen gewesen (3.1).

Das Bundesgericht folgte dem Vorbringen des Chauffeurs nicht und bestätigte das vorinstanzliche Urteil. Die Gefahr habe nicht ausgeschlossen werden können, der Erfolg zeige gerade, dass sogar nicht nur eine konkrete Gefahr bestanden, sondern sich diese sogar verwirklicht habe. Ob der Bei-

zug einer Hilfsperson in Belgien üblich sei, könne offen gelassen werden, weil die Schweizer Bestimmungen unmissverständlich, dem Chauffeur als bekannt vorauszusetzen und somit anwendbar seien. Die Pflicht, eine Hilfsperson beizuziehen, ergebe sich auch nicht aus der Tatsache, dass der Bereich hinter dem Fahrzeug schlecht beleuchtet, sondern allein daraus, dass er generell nicht einsehbar gewesen war. Auch bei vollständiger Ausleuchtung der Halle hätte der Chauffeur den Unfall nur mittels Beizug einer Hilfsperson verhindern können (3.1). Schliesslich sei es nicht derart ungewöhnlich, dass sich in einem öffentlichen Verladehof jemand im Rampenbereich aufhalten könnte, dass sich der Chauffeur den Erfolg nicht zurechnen lassen müsste. Auch unter dem Gesichtspunkt eines Mitverschuldens des Opfers habe die Handlung des Täters immer noch als die wahrscheinlichste und unmittelbarste Ursache des Unfalles zu gelten und rücke nicht dermassen in den Hintergrund, dass die Zurechnung als nicht mehr gerechtfertigt erscheine. Somit sei die Voraussehbarkeit des Erfolgseintrittes für einen Berufschauffeur mit 20jähriger Erfahrung zu bejahen und die Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung zu Recht erfolgt (3.2).

2. Abbiegemanöver mit einem Lastwagen, toter Winkel: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6S.342/2005 vom 2.2.2006)

Im Fall des Führers eines Kehrriichtlastwagens, der beim Abbiegen einen seine Fahrt querenden sechsjährigen Jungen anfuhr und schwer verletzte (siehe vorstehend IV. 4.) stützte das Bundesgericht die bezirks- und obergerichtliche Verurteilung wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung, weil der Lastwagenfahrer vor dem Abbiegen sich entweder selbst mit einem Blick in den toten Winkel des Seitenspiegels oder durch Einsatz einer auf dem Trittbrett mitfahrenden Hilfsperson davon hätte überzeugen müssen, dass sich keine Fussgänger im Gefahrenbereich seines Fahrzeuges befanden. Der Schuldspruch war aus Sicht des Bundesgerichts gerechtfertigt, weil sich eine Sorgfaltspflichtverletzung zwar nicht aus Art. 26 Abs. 2 SVG betreffend Vorsichtsmassnahmen bei Kindern ergab, aber aus der Rechtsprechung betreffend den toten Winkel bei Lastwagen ableiten liess. Demnach hat sich

der Führer eines solchen Fahrzeuges der Problematik und Gefahren der nicht einsehbaren Bereiche bewusst zu sein und die zumutbaren Massnahmen zur Risikominimierung zu treffen, wenn nach den Umständen die Möglichkeit besteht, dass sich andere Verkehrsteilnehmer im verdeckten Bereich befinden könnten (BGE 127 IV 42). Diese Gefahr wurde – auch wenn der Fahrer keine Kinder im näheren Bereich sehen konnte – bejaht, weil sich in unmittelbarer Nähe zur Unfallstelle ein Kindergarten befand, kurz vor der Mittagszeit in dessen Nähe grundsätzlich immer mit Kindern zu rechnen war und weil wegen der engen örtlichen Verhältnisse Teile des Trottoirs und grosse Bereiche auf der rechten Seite des Fahrzeugs für den Fahrzeugführer überhaupt nicht einsehbar waren (4.2). Dem hätte der Fahrer vor dem Abbiegen entweder durch eigenen Einblick in den toten Winkel oder durch den Einsatz des Angestellten, der sich auf dem Trittbrett befand, begegnen können und müssen (4.3).

3. Kollision mit Mofa bei Kreiselausfahrt: fahrlässige schwere Körperverletzung, Art. 125 Abs. 2 StGB (6P.194/2006 und 6S.429/2006 vom 16.2.2007)

Ein Lastwagen überfuhr bei der Ausfahrt aus einem Kreisel einen Mofafahrer, den er übersehen hatte. Bei der Anfahrt auf den Kreisel hatte der LKW-Fahrer einen seitlichen Abstand zum Fahrbahnrand von 50 cm, gleichzeitig hatte er bereits seinen rechten Blinker gestellt. Trotzdem war der in der Folge schwer verletzte Lenker mit dem Lastwagen gleichzeitig in den Kreisel eingefahren. Das Bundesgericht bestätigte die Verurteilung wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzung insbesondere mit dem Hinweis auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung zum sichttoten Winkel (BGE 127 IV 34; vgl. vorstehend V. 2.). Der LKW-Lenker hätte sich bereits bei der Anfahrt auf den Kreisel im Rückspiegel versichern müssen, dass sich der zuvor überholte Mofalenker nicht in der Gefahrenzone befand (4.3, 4.4). Das Bundesgericht hielt weiter fest, dass der Mofa-Lenker nach Art. 42 Abs. 3 VRV regelkonform rechts am LKW vorgefahren sei, weil dieser ihm den nötigen Raum dazu belassen habe. Deshalb wäre der LKW-Lenker zu besonderer Vorsicht verpflichtet gewesen und hätte alles Notwendige vorkehren müssen, um

den Unfall zu vermeiden (4.4). Schliesslich führt das Bundesgericht noch aus, dass diese Sorgfaltspflichten selbst dann gelten würden, wenn sich der Mofa-Lenker regelwidrig durch einen zu schmalen Freiraum hätte durchzwängen wollen (4.6).

Ob es Sinn und Zweck der Strassenverkehrsgesetzgebung sein kann und soll, derart gefährliche wie unnötige Manöver eines Mofa-Lenkens, der sogar die Abbiegeabsicht des LKW-Lenkens aufgrund des gestellten Blinkers erkannt haben muss, zu ermöglichen, kann hier offen bleiben. Es sei jedenfalls den vorliegenden Rezensenten nachzusehen, wenn sie ANDREAS A. ROTH (SJZ 103 [2007] Nr. 10, S. 255) darin zustimmen, dass man den Mofalenker als lebensmüde bezeichnen muss.

4. Pflicht zur Instruktion der Hilfsperson (6A.72/2005 vom 27.1.2006)

Bei der Ausfahrt aus einer engen Parknische in der Felswand der Axenstrasse kam es zu einer Kollision zwischen zwei Fahrzeugen. Der unfallverursachende, aus der Parklücke hinausfahrende Lenker hatte als Hilfsperson seinen Bruder auf der anderen Strassenseite postiert, um sich von ihm in den Verkehr einweisen zu lassen. Nach einem Handzeichen des Bruders bog der Lenker in die Strasse ein, worauf es zur besagten Kollision kam. Der als Hilfsperson eingesetzte Bruder gab an, seinem lenkenden Bruder gegenüber mit dem Handzeichen zu verstehen gegeben haben, dass er nach der Vorbeifahrt des späteren Kollisionsgegners aus der Parklücke hinausfahren könne. Er sei davon ausgegangen, dass sein Bruder das andere Fahrzeug aufgrund seiner Sichtverhältnisse wahrgenommen haben musste (A.).

Eine gegen den Lenker ausgefallte Strafverfügung blieb unangetastet, wogegen die Zulässigkeit des von der Administrativbehörde für die Dauer eines Monats ausgesprochenen Führerausweisentzugs angefochten wurde (B., C.). Der fehlbare Lenker beschwerte sich beim Bundesgericht insbesondere über den Vorwurf der Vorinstanz, seinen Bruder nicht genügend instruiert zu haben. Die erste Instanz habe diesen Vorwurf nicht erhoben, womit die zweite Instanz, ohne ihn mit dem Vorwurf zu konfrontieren, seinen Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt habe (4.). Im straf- und im ver-

waltungsrechtlichen Verfahren wurde dem Lenker vorgeworfen, gegen das Vortrittsrecht nach Art. 36 Abs. 4 SVG i.V.m. Art. 15 Abs. 3 VRV verstossen zu haben. Demgemäss war der Beschwerdeführer verpflichtet, bei unübersichtlichen Stellen eine Hilfsperson einzusetzen, welche das Fahrmanöver überwacht (4.2). Diese Verpflichtung umfasst gemäss Bundesgericht aber auch die korrekte Instruktion der Hilfsperson, weil nur dann deren wirkungsvoller Einsatz gewährleistet sei. Im konkreten Fall hätte dazu auch gehört, der Hilfsperson mitzuteilen, wie weit die vom Lenker selber überblickbare Strecke reichte. Indem der Beschwerdeführer dies nicht getan hatte, war die Instruktion der Hilfsperson ungenügend und die Verurteilung rechtens (5.).

VI. Alkohol- und Drogeneinfluss im Strassenverkehr, verkehrsmedizinische Massnahmen

Im Bereich Alkohol- und Drogeneinfluss im Strassenverkehr sowie verkehrsmedizinischer Massnahmen hatte das Bundesgericht insbesondere die umstrittenen Pflichten nach der Verursachung einer Kollision zu beurteilen und darin insbesondere die Frage der Vereitelung einer Blutprobe. Sodann stellten sich mehrfach Probleme zur Rechtmässigkeit von verkehrsmedizinisch indizierten Massnahmen gegen fehlbare Lenker. Schliesslich war noch die Schuldfähigkeit bei einer Fahrt mit einer Blutalkoholkonzentration von 3.34 Promillen zu beurteilen.

1. Pflichtwidriges Entfernen von der Unfallstelle, Wahrscheinlichkeit der Anordnung einer Blutprobe, Vereitelung derselben (6S.275/2006 vom 5.9.2006; 6S.359/2005 vom 22.12.2006)

6S.275/2006 vom 5.9.2006, Kollision in einer Kurve, Selbstbelastungszwang. Ein Fahrzeuglenker fuhr nachts aus einer trockenen und schwach befahrenen Quartierstrasse links in eine andere Quartierstrasse hinein. Dabei drehte der Lenker zu stark nach links ab und prallte heftig in ein am linken Strassenrand stehendes Fahrzeug. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, fuhr er weiter (A.). Gegen seine Verurteilung unter anderem wegen Verei-

teln einer Blutprobe wandte der Lenker vor Bundesgericht ein, es könne ihm nicht nachgewiesen werden, dass er vor dem Unfall Alkohol konsumiert habe. Demnach habe er für den Unfallzeitpunkt als völlig nüchtern zu gelten, womit Art. 91 Abs. 3 aSVG per se schon nicht auf ihn anwendbar sei, da das Ergebnis einer allfälligen Blutprobe nur negativ ausfallen könne. Er habe somit ausserdem von vorneherein nicht mit der Anordnung einer Blutprobe rechnen müssen, womit seine Verurteilung wegen Vereitelung einer Blutprobe unrechtmässig erfolgt sei. Überdies verletze die Pflicht, sich durch seine Meldung bei der Polizei selbst zu belasten, das Verbot des Selbstbelastungszwangs (1.).

Letzteres verneinte das Bundesgericht mit Hinweis auf seine Praxis, wonach die Verurteilung eines Fahrzeuglenkers wegen Vereitelung einer Blutprobe infolge Verletzung von Verhaltenspflichten nach Unfällen mit Drittschäden nicht gegen den angerufenen Grundsatz verstösst (BGE 131 IV 36). Aufgrund fehlenden neuen Vorbringens liege kein Grund vor, auf diese Rechtsprechung zurückzukommen (4.5; zur Kritik an der Rechtsprechung des BGer vgl. WEISSENBARGER, Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2006, S. 288 ff., 290 ff.; WOHLERS/GODENZI, AJP 2005, S. 1045 ff.)

Das Vorbringen in Bezug auf die Anwendbarkeit von Art. 91 Abs. 3 aSVG stützt sich auf eine Lehrmeinung ab, wonach für die Beurteilung der Strafbarkeit wegen Vereitelns einer Blutprobe nur darauf abzustellen sei, ob der Verdächtige tatsächlich Alkohol konsumiert habe oder nicht. Auf den nüchternen Lenker könne die Bestimmung per se nicht angewendet werden, weil ein allfälliger Alkoholtest im nüchteren Zustand zwingend negativ ausfallen und der Lenker somit schon gar nicht mit einer entsprechenden Kontrolle rechnen müsse (so HANS SCHULTZ, ZStrR 1992, S. 317 ff., 323 ff.). Diese Ansicht verwirft das Bundesgericht mit dem Hinweis auf seine Praxis, die sich darauf stützt, dass der altrechtliche Gesetzeswortlaut ausdrücklich auf objektive Anzeichen von Trunkenheit abstellt. Als solche kommen sodann jegliche Indizien in Frage, die einen entsprechenden Verdacht begründen können (4.3). Derartige Indizien hätten beim Beschwerdeführer vorgelegen, womit die Verurteilung wegen Vereitelung einer Blutprobe zu Recht erfolgt sei (4.6). Die Heftigkeit des Aufpralls, die trockene Fahrbahn, fehlende An-

zeichen für einen technischen Defekt und die Ortskundigkeit des Beschwerdeführers würden zusammen mit der Uhrzeit (22.15 Uhr) und dem allgemeinen Unfallhergang stark darauf hinweisen, dass als Unfallursache Alkohol in Frage komme. Wäre zum Beispiel überhöhte Geschwindigkeit als Ursache anzunehmen gewesen, hätte der Beschwerdeführer in ein Fahrzeug am rechten Strassenrand prallen müssen. Dass es aber gerade auf der linken Seite zur Kollision gekommen sei, sei demgegenüber ungewöhnlich, womit sich der Verdacht auf eine alkoholbeeinflusste Ursache geradezu aufdränge. Erschwerende Umstände wie eine Baustelle oder falsch parkierte Fahrzeuge hätten den ortskundigen Lenker nur zu einer noch grösseren Sorgfalt veranlassen müssen, weshalb seine Fehleinschätzung umso mehr den Alkoholverdacht gestützt hätte. Nach alledem ging das Bundesgericht davon aus, dass die Polizei am Unfallort eine Alkoholkontrolle angeordnet hätte (4.4). Zur diesbezüglichen Kritik an der Rechtsprechung des Bundesgerichts kann vollumfänglich auf WEISSENBERGER, Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2006, S. 292 f., verwiesen werden.

6S.359/2005 vom 22.12.2006, Abkommen von der Strasse, Nachtrunk. Ein Fahrzeuglenker kam nachts gegen 01.30 Uhr auf trockener, sauberer Strasse in einer Rechtskurve nach links von der Fahrbahn ab und kollidierte dort heftig mit einem Gittertor. Zuvor hatte er nach eigenen Angaben im Laufe des Abends eine Stange und eine kleine Flasche Bier getrunken. Ohne den Geschädigten oder die Polizei zu informieren, machte er sich vom Unfallort davon, stellte sein Fahrzeug bei einer Garage ab und liess sich von einem Bekannten zur Wohnung seiner Freundin bringen, wo er bis gegen 04.00 Uhr rund 5.5 dl Rotwein trank (A., 3.2). Vor Bundesgericht beantragte der Lenker erfolglos, die vorinstanzliche Verurteilung wegen Vereitelns einer Blutprobe aufzuheben und an die Vorinstanz zurückzuweisen (1.2). Die übrigen Schuldsprüche blieben unangefochten oder konnten nicht mehr angefochten werden (1.1). Der Beschwerdeführer erklärte sein Abkommen von der Strasse mit dem Lesen einer SMS-Textmitteilung auf seinem Mobiltelefon, welche er während der Fahrt las. Aufgrund dieser Erklärung bestritt er die Wahrscheinlichkeit einer durch die Polizei angeordneten Alkoholkontrolle, mit der er hätte rechnen müssen (3.1).

Gemäss Bundesgericht hätte die Polizei höchstwahrscheinlich einen Alkoholttest beim Beschwerdeführer angeordnet, weil sich unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Art des Unfalles der Verdacht auf Alkoholkonsum mit Beeinträchtigung der Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit aufgedrängt habe und die Darstellung mit der gelesenen SMS-Kurznachricht nicht sehr glaubwürdig gewesen sei. Die Unfallsituation habe insbesondere nicht mit einem Entscheid zu einem Unfall auf winterlicher, tückischer Strasse (BGE 109 IV 137) verglichen werden können. Zudem hätte die Polizei bei einer Einvernahme in der fraglichen Nacht nebst dem vorangehenden Bierkonsum eine einschlägige Vorstrafe des Beschwerdeführers in Erfahrung bringen können (3.3). Zusammen mit dem behaupteten Nachtrunk des Beschwerdeführers könne die vorliegende Konstellation und die unterlassene Meldung des Unfalles vernünftigerweise nur als Inkaufnahme der Vereitelung einer Blutprobe gewertet werden (3.4, 3.5).

2. Verkehrsmedizinische Massnahmen (6A.61/2005 vom 12.1.2006; 6A.37/2006 vom 31.5.2006; 6A.11/2006 vom 13.4.2006; 6A.9/2006 vom 28.2.2006; 6S.408/2006 vom 2.12.2006)

6A.61/2005 vom 12.1.2006, Medizinische Kontrollen nach Sicherungsentzug. Nach einem Sicherungsentzug des Führerausweises wurde dieser dem betroffenen Lenker Anfang Juni 2003 wieder erteilt, mit der Auflage, während eines halben Jahres eine ärztlich kontrollierte Alkoholabstinenz einzuhalten, den regelmässigen Nachweis bestimmter Laborwerte zu erbringen, Besprechungen bei einer Fachperson für Alkoholprobleme zu führen und per Dezember 2003 einen ärztlichen Schlussbericht einzureichen. Obwohl dieser Schlussbericht einen positiven Verlauf der Therapie belegte, kam ein Gutachten des Institutes für Rechtsmedizin der Universität Zürich zum Schluss, dass eine Entlassung aus den Kontrollen verfrüht wäre und die weitere Stabilisierung nachzuweisen sei. Gestützt auf dieses Gutachten wurde im Februar 2004 die Weiterführung der Auflagen angeordnet. Eine Beschwerde dagegen hiess das Bundesgericht im März 2005 teilweise gut und hielt fest, dass die Auflagen in ihrer Strenge nach dem bisherigen positiven Verlauf unverhältnismässig seien (BGE 6A.77/2004). Aufgrund dieses

Urteils verfügte die zuständige Sicherheitsdirektion, es seien regelmässige Gespräche bei einer Fachperson zu führen, alle drei Monate gewisse Laborwerte nachzuweisen sowie ein ärztlicher Schlussbericht per Ende 2005 einzureichen, der sich über die Einhaltung der Auflagen und über deren Aufhebung zu äussern habe. Das weitere Vorgehen richte sich zudem nach dem Merkblatt "Führerausweis und Alkohol: Nachweis der Alkoholabstinenz" des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich und des Kantons Zug (A.). Die neuerlich erhobene Beschwerde gegen die abgeänderten Auflagen wies das Bundesgericht ab (3.)

Gemäss dem ergangenen Entscheid wird für die Wiedererteilung des Führerausweises nach einem Sicherungsentzug in der Regel der Nachweis einer mindestens einjährigen kontrollierten Alkoholabstinenz als Zeichen der Heilung verlangt (BGE 129 II 82). Mit der Wiedererteilung zu verbindende Auflagen gelten als Nebenbestimmung, die zum Ziel haben, die tatsächliche Heilung der Alkohol- oder sonstigen Suchtmittelabhängigkeit über eine längere Zeit zu belegen und damit eine stabile Fahrfähigkeit der betroffenen Person nachzuweisen. Diese Auflagen müssen konkret angepasst werden und verhältnismässig sein (BGE 125 II 289). Zu den Mindestanforderungen und der Dauer der Auflagen bestimmt das Bundesgericht, gestützt auf die entsprechende Fachliteratur, dass nach der Wiedererteilung des Führerausweises in aller Regel weitere vier bis fünf Jahre Kontrolle der Abstinenz sowie therapeutische Begleitung nötig seien. Regelmässige Laborwertbestimmungen sollen mindestens alle drei Monate stattfinden, eine Suchttherapie bei einer entsprechenden Fachperson mit mindestens einem Termin pro Monat während zweier Jahre. Wenn die zweijährige Therapie und lückenlos geführte Laborkontrollen erfolgreich verlaufen, kann die Therapie sistiert werden und es müssen nur noch die Laborwerte kontrolliert werden. Periodisch muss die Einhaltung der Abstinenz mittels Zeugnissen gegenüber der Zulassungsbehörde belegt werden. Eine Entlassung aus den Auflagen kann bei günstigem Verlauf frühestens drei Jahre nach Wiedererteilung des Führerausweises erfolgen (2.1; ROLF SEEGER, Probleme der Verkehrsmedizin, Fahreignung und Alkohol, IRM der Universität Zürich, 1999, S. 16 ff.; DERS., Alkohol und Fahreignung, in: Handbuch der verkehrsmedizinischen Begut-

achtung, Zürich 2005, S. 28 f.; BRUNO LINIGER, Verkehrsmedizin: Fahreignungsbegutachtung und Auflagen, in: Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2004, St. Gallen 2005, S. 100 ff.; Merkblatt "Führerausweis und Alkohol: Nachweis der Alkoholabstinenz" des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich und des Kantons Zug).

Aus dem zeitlichen Ablauf ergab sich im vorliegenden Fall ohne weiteres, dass der Beschwerdeführer noch nicht seit mindestens drei Jahren wieder im kontrollierten Besitz des Führerausweises war. Die verfügbaren dreimonatlichen Laborkontrollen beschränkten sich zudem bereits auf das minimal notwendige Mass (2.2.1). Auch die Auflage, ab Juni 2003 bis Ende 2005, also während 2.5 Jahren, eine Gesprächstherapie zu führen, bewegte sich am unteren Ende des Mindestanfordernisses von zwei Jahren und damit jedenfalls innerhalb des Ermessens der Vorinstanz. Der eingeforderte ärztliche Bericht sei keine unnütze Bestätigung der Laborwerte, sondern liefere ergänzende Angaben zum Umgang des Beschwerdeführers mit Alkohol generell, körperlichen Befunden, Verlauf der Suchtbehandlung sowie weiteren besonderen Faktoren. Dies erlaube der Behörde eine gesamthafte Würdigung der Umstände. Erschwerend für den Beschwerdeführer wirkte dessen unvollständige Einhaltung und Dokumentierung der Auflagen (2.2.2).

6A.37/2006 vom 31.5.2006, Sperrfrist zur Wiedererteilung des Führerausweises. Ein Cannabiskonsument hatte die ihm angesetzte Frist zur medizinischen Begutachtung am IRM der Universität Zürich zwecks Überprüfung der Fahreignung unbenutzt verstreichen lassen. Daraufhin wurde ihm der Führerausweis vorsorglich entzogen. In der Folge liess sich der Lenker untersuchen, mit dem Resultat, dass ihm der Führerausweis auf unbestimmte Zeit entzogen wurde, verbunden mit Auflagen und Bedingungen zu dessen Wiedererlangung. Weil der Lenker während des vorsorglichen Entzugs trotzdem ein Fahrzeug gelenkt hatte, verfügte die Behörde zusätzlich eine Sperrfrist von drei Monaten, bevor der Führerausweis allenfalls wieder hätte erteilt werden können. Nach einem weiteren Vorfall, bei dem der Lenker trotz Entzugs am Steuer erwischt worden war, verfügte die Entzugsbehörde eine weitere Sperrfrist von 12 Monaten. Die dagegen ergriffene Verwaltungsgerichtsbeschwerde wies das Bundesgericht ab, soweit es überhaupt

darauf eintrat. Somit wird der fehlbare Lenker jedenfalls noch einen 15-monatigen Führerausweisenzug abzuwarten haben, sollte ihm dereinst die Fahreignung wieder zugesprochen werden.

6A.11/2006 vom 13.4.2006, Auflagen bei mutmasslicher Drogensucht. Ein Gutachten über einen wegen Erwerbs, Besitzes und Konsums von Kokain rechtmässig verurteilten Fahrzeuglenker kam zum Schluss, dass eine Drogensucht weder nachgewiesen noch ausgeschlossen werden konnte. Es sei dem Lenker der Führerausweis unter Auflagen zu belassen und es sei ihm zu ermöglichen, den Beweis der nicht vorliegenden Drogensucht zu erbringen (A.). Die zuständige Behörde folgte dem Gutachten und verfügte kurzfristig angekündigte, monatliche Urinproben während eines halben Jahres, um die Drogenabstinenz zu bestätigen. Vierteljährlich mussten zudem die Ergebnisse mit einem Arztzeugnis, welches sich zu Drogenabstinenz und Fahreignung zu äussern hatte, belegt werden (B.). Der Beschwerdeführer gelangte ans Bundesgericht mit dem Antrag, es sei der Entscheid bezüglich der verfüigten Auflagen aufzuheben und zur Neu Beurteilung zurückzuweisen (C.).

Aufgrund der Vorgeschichte des Beschwerdeführers ist ein dreizehnjähriger Cannabiskonsum erstellt, wobei später auch Kokainkonsum hinzukam. Selbst vor (teilweise zu spät ausgeführten!) ärztlichen Kontrollen gelang es dem Beschwerdeführer nicht durchgehend, abstinent zu bleiben. Damit war für das Bundesgericht überwiegend wahrscheinlich, dass der Beschwerdeführer als Gewohnheitskonsument – im Gegensatz zu einem reinen Gelegenheitskonsumenten – nicht in der Lage sei, eine konsumbedingte Fahrunfähigkeit zu erkennen und entsprechend zu handeln. Deshalb ergäben sich berechtigte Zweifel an der Fahreignung, was wiederum weitere Abklärungen oder Auflagen rechtfertigen würde. Aufgrund des zu keinen klaren Ergebnissen kommenden Gutachtens sei es ohne weiters verhältnismässig, innerhalb einer relativ kurzen Frist die Abstinenz zu kontrollieren und die Fahrerlaubnis davon abhängig zu machen. Mildere Mittel seien nicht ersichtlich, weshalb die Massnahme nicht zu beanstanden sei (3.2, 3.3).

6A.9/2006 vom 28.2.2006, Vorsorglicher Entzug bei Nichterfüllen von Auflagen. Nach einem vorsorglichen Entzug des Führerausweises wegen Drogenkonsums (Cannabis und Kokain) und nachfolgender Eignungsabklärung wurde dem entsprechenden Lenker der Führerausweis mit der Auflage regelmässiger medizinischer Tests wieder erteilt. Weil der Lenker der Auflage nicht nachkam, nur zweimal zu den Tests erschien und folglich sein Arzt keine aussagekräftigen Berichte erstellen konnte, entzog ihm die Entzugsbehörde den Ausweis auf unbestimmte Zeit. Das Bundesgericht schützte diesen Entscheid mit dem Hinweis auf die Verkehrssicherheit und die mangelnde Bereitschaft des betroffenen Lenkers, sich den angeordneten Kontrollen zu unterziehen.

6S.408/2006 vom 2.12.2006, Einweisung in Trinkerheilanstalt. Nach einer Streifkollision entfernte sich der nach Alkohol riechende, mehrfach einschlägig vorbestrafte Lenker des einen beteiligten Fahrzeuges nach einer kurzen Diskussion von der Unfallstelle. Die aufgebotene Polizei traf den Lenker mit Alkoholsymptomen zu Hause an, wobei dieser einer angeordneten Alkoholkontrolle nicht nachkam und sich ins Haus zurückzog. Am darauffolgenden Vormittag konnte der Lenker an seinem Arbeitsort angetroffen werden. Der Atemlufttest ergab eine Blutalkoholkonzentration von 1.26 Gewichtspro mille (A.). Eine staatsrechtliche Beschwerde des Lenkers gegen die aus der Anklage resultierenden Schuldsprüche wies das Bundesgericht ab (BGE 6P.178/2006).

Auch die insbesondere gegen seine Einweisung in eine Trinkerheilanstalt nach Art. 44 Ziff. 1 aStGB erhobene Nichtigkeitsbeschwerde wegen angeblich fehlender Voraussetzungen, Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit wies das Bundesgericht ab und schützte die verfügte Massnahme. Die Einweisung in eine Trinkerheilanstalt stützte sich auf ein Gutachten, welches ein Alkoholabhängigkeitssyndrom, also eine psychische Störung infolge dauerhaften Alkoholkonsums, feststellte. Dazu kamen bereits schwere körperliche Schädigungen von inneren Organen. Diese Indizien sprachen für ein sogenanntes "Spiegeltrinken", bei dem der Alkoholranke einen gewissen Alkoholpegel nur schon benötigt, um überhaupt funktionieren zu können. Weil dadurch Beginn, Ende und Ausmass des Alkoholkonsums vom

Beschwerdeführer nicht mehr zuverlässig festgestellt werden könne und er ausserdem bereits wiederholt in angetrunkenem Zustand gefahren sei, bestehe eine hohe Rückfallgefahr, welche durch die einschlägigen Vorstrafen des Täters zusätzlich unterstrichen werde. Eine ambulante Massnahme hätte der Schwere der Störung und der diesbezüglich typischen mangelnden Einsichtsfähigkeit nicht Rechnung tragen können, weshalb die Voraussetzungen für eine stationäre Einweisung in eine Trinkerheilanstalt gegeben waren. Unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit kam eine mildere Massnahme nicht in Betracht. Auch wenn die Anordnung einer solchen Massnahme nur bei einer gewissen Erfolgsaussicht vorgenommen werden soll, der Beschwerdeführer aber weitgehend therapieunwillig war, habe dies nicht zum vorneherein gegen die ausgefallte Massnahme gesprochen. Allzu hohe Erfordernisse an die Heilungsaussicht dürften in diesem Zusammenhang nicht gestellt werden, umso mehr, als es sich um eine erstmalige Behandlung wegen Alkoholkrankheit handelte (6.2, 6.3).

3. Blutalkoholkonzentration und Schuldfähigkeit (6P.129/2006 vom 4.9.2006)

Eine Fahrzeuglenkerin verursachte nach einer ca. 50 Meter weiten Fahrt von ihrem Wohnort zu einem Einkaufszentrum beim Einparkieren in ein Parkfeld zwei Kollisionen. Eine angeordnete Blutprobe ergab zurückgerechnet auf den Unfallzeitpunkt eine Blutalkohol-Konzentration von zwischen 3.17 und 3.51, durchschnittlich also 3.34, Gewichtspromille (A.). Die Beschwerdeführerin wehrte sich vor Bundesgericht gegen die vorinstanzlichen Annahmen, sie sei zum Zeitpunkt des Unfalles nur stark vermindert zurechnungsfähig gewesen, nicht aber gänzlich zurechnungsunfähig. Dies stützt sie darauf, dass sie zum Unfallzeitpunkt nicht ansprechbar gewesen, zudem nach dem Unfall hinter dem Steuer eingeschlafen sei und dass sie ausserdem verschiedene Medikamente eingenommen habe, welche die Alkoholwirkung noch zusätzlich verstärkt haben sollen. Die unfallfrei zurückgelegte Wegstrecke sowie der gutachterlich erhobene Verdacht der Alkoholabhängigkeit sprächen in diesem Zusammenhang nicht gegen eine völlige Zurechnungsunfähigkeit (2.1).

Das Bundesgericht hält fest, dass in die Beurteilung der Schuldfähigkeit stets Alkoholverträglichkeit und -gewöhnung, Persönlichkeit und Tatsituation einzubeziehen seien. Eine völlig aufgehobene Steuerungsfähigkeit – und damit Schuldunfähigkeit – liege aus psychiatrischer Sicht erst vor, wenn sich psychotische Störungen des Realitätsbezuges, beispielsweise Orientierungsstörungen, Personenverkennungen, Halluzinationen oder Wahnvorstellungen, feststellen liessen (BGE 122 IV 49; 2.4). In diesem Zusammenhang dient die Blutalkoholkonzentration (BAK) lediglich als Orientierungshilfe, wobei als im Einzelfall widerlegbare Faustregel gilt, dass bei einer BAK von unter 2 Promille keine Beeinträchtigung der Schuldfähigkeit gegeben ist, bei einer solchen zwischen 2 und 3 Promille die Schuldfähigkeit beeinträchtigt ist und ab 3 Promille Schuldunfähigkeit besteht (3.1).

Im vorliegenden Fall durfte die Vorinstanz laut Bundesgericht ohne weiteres davon ausgehen, dass trotz massiven Alkoholkonsums die Schuldfähigkeit nicht aufgehoben sondern nur stark vermindert war. Dies insbesondere deshalb, weil es der Beschwerdeführerin möglich war, die Strecke von ihrem Wohnort zum Parkplatz unfallfrei zurückzulegen, sie gemäss ärztlichem Bericht zeitlich und örtlich die volle Orientierung besass und an keinen Amnesien litt. Ausserdem habe die Beschwerdeführerin sich anlässlich einer polizeilichen Einvernahme zehn Tage nach dem Unfall detailliert an die Umstände der Fahrt und der Kollisionen erinnern können. Schliesslich geht aus einem psychiatrischen Gutachten hervor, dass die Umstände stark auf eine Toleranzwirkung infolge Alkoholabhängigkeit hinwiesen, woraus ebenfalls geschlossen wurde, dass die Schuldfähigkeit zwar erheblich herabgesetzt, nicht aber aufgehoben war (2.5).

VII. Entzug des Führerausweises

1. Schematische Beurteilungsmethoden für den Ausweisentzug, Unzulässigkeit des Unterschreitens der Mindestentzugsdauer (6A.65/2005 vom 13.1.2006; 6A.78/2006 vom 28.12.2006; BGE 132 II 234 vom 13.3.2006; 6A.38/2006 vom 7.9.2006)

Das Bundesgericht hatte sich gleich mehrfach damit auseinanderzusetzen, ob schematische Beurteilungsmethoden zur Verfügung eines Führerausweisentzuges rechtmässig seien und ob von Mindestentzugsdauern nicht aufgrund persönlicher Umstände nach unten abgewichen werden könne oder gar müsse. Das Bundesgericht befand diesen Schematismus für rechtmässig und hielt an der Unzulässigkeit einer Unterschreitung der Mindestentzugsdauern fest – auch für den Fall von aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen auf den Führerausweis angewiesenen Fahrzeugführern. Es stützte sich dabei auf Art. 16 Abs. 3 SVG, wonach die in Art. 16a ff. SVG bestimmten Mindestentzugsdauern ausdrücklich nicht unterschritten werden dürfen und die konkreten Umstände des Falles sowie die persönliche Verhältnisse des Lenkers nur soweit Berücksichtigung finden können, als die Mindestentzugsdauer dadurch nicht tangiert wird. Zu den in Frage stehenden Geschwindigkeitsübertretungen hielt das Bundesgericht völlig zutreffend fest, dass es sich dabei um Massnahmen aufgrund von Verstössen handelt, welche von den jeweiligen Lenkern ohne irgendwelche Schwierigkeiten durch Einhalten der Geschwindigkeitslimiten hätten vermieden werden können (BGE 6A.38/2006, 3.2.2). Es bleibt anzumerken, dass berufsmässig auf den Führerausweis angewiesenen Personen nicht etwa eine grössere Nachsicht entgegenzubringen ist, sondern sich diese ihrer Verantwortung umso bewusster sein müssten. Dies spricht zusätzlich deutlich gegen eine Unterschreitung der Mindestentzugsdauer infolge beruflicher Angewiesenheit.

6A.65/2005 vom 13.1.2006, Schwere des Falles und Entzugsdauer. Ein Fahrzeuglenker überschritt die zulässige Geschwindigkeit von 80 km/h auf einer Autobahn im Baustellenbereich um marginbereinigte 34 km/h (A.). Die zuständige Behörde entzog ihm deswegen den Führerausweis für die Dauer

von einem Monat (B.). Ausschliesslich gegen den Entzug des Führerausweises beschwerte sich der betroffene Lenker bis vor Bundesgericht, welches seine Beschwerde, verbunden mit dem Antrag, statt des Führerausweisentzuges bloss eine Verwarnung auszusprechen, abwies (C., 4.). Gesetzlich wurde unter der damals geltenden Rechtslage unterschieden zwischen dem besonders leichten (Art. 16 Abs. 2 Satz 2 aSVG), dem leichten (Art. 16 Abs. 2 Satz 2 aSVG), dem mittelschweren (Art. 16 Abs. 2 Satz 1 aSVG) sowie dem schweren Fall (Art. 16 Abs. 3 lit. a aSVG) eines Verkehrsregelverstosses. Schematisch liessen sich die Konsequenzen wie folgt einteilen: In besonders leichten Fällen erfolgte keine Administrativmassnahme, in leichten Fällen konnte zu Gunsten eines Entzugsverzichts eine Verwarnung ausgesprochen werden. In mittelschweren Fällen konnte von einem Ausweisentzug nur unter besonderen Umständen (BGE 118 Ib 229) abgesehen werden, während bei schweren Fällen ein Entzug zwingend war (3.1.1).

Im vorliegenden Fall stellte die Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Autobahn um 34 km/h unter günstigen Umständen (günstige Verhältnisse und ungetrübter automobilistischer Leumund) einen mittelschweren Fall dar. Ohne Vorliegen weiterer besonderer Umstände hätte dies einen Führerausweisentzug für die Dauer von mindestens einem Monat nach sich gezogen. Bei ungünstigen Umständen oder Überschreitung der Geschwindigkeit um mehr als 35 km/h, wäre der Führerausweis ohne Rücksicht auf die weiteren konkreten Umstände zu entziehen gewesen (3.1.2). Die infolge einer Baustelle erfolgte Spurreduktion auf eine Fahrbahn stellte in Verbindung mit der stark überhöhten Geschwindigkeit des Beschwerdeführers eine stark erhöhte abstrakte Gefahr für ihn selber und die anderen Verkehrsteilnehmer dar. Unter Berücksichtigung der nur ganz knapp unter der Grenze zur schweren Verkehrsregelverletzung liegenden Geschwindigkeitsübertretung hat das Bundesgericht den begangenen Verstoß wie schon die Vorinstanz als schwer beurteilt, womit gemäss schematischer Zuordnung zwingend ein Führerausweisentzug für die Dauer von mindestens einem Monat auszusprechen war, ohne dass davon nach unten hätte abgewichen werden können (3.2). Das Abstützen auf die schematische Einteilung der Schwere des Falles entsprechend der Höhe der Geschwindig-

keitsübertretung war gemäss den Ausführungen des Bundesgerichts ebenfalls zulässig. Die schematische Beurteilung eines Massenphänomens sei für die Handhabung und Bewältigung durch die Behörden sachgerecht und ermögliche eine hohe Rechtsgleichheit und -sicherheit. Solange besondere Umstände – wie beim vorliegenden Schema – berücksichtigt werden könnten, sei eine grundsätzlich schematische Abhandlung nicht verfassungswidrig (3.3).

6A.78/2006 vom 28.12.2006, Berufliche Notwendigkeit. Auch anlässlich der summarisch abgehandelten und abgewiesenen Beschwerde eines Buschauffeurs, welcher trotz eingeleiteter Vollbremsung die Kollision mit einer über einen Fussgängerstreifen gehenden Fussgängerin nicht mehr verhindern konnte, hielt das Bundesgericht ebenfalls an schematischen Beurteilungsmethoden fest. Es bestimmte, dass die gesetzlich vorgesehene Mindestentzugsdauer auch nicht aus Gründen der beruflichen Notwendigkeit des Führerausweises unterschritten werden könne (2.).

BGE 132 II 234, Berufliche Notwendigkeit. Gleiches galt für einen Taxichauffeur, dem infolge einer massiven Geschwindigkeitsübertretung im Innerortsbereich der Führerausweis für die Mindestdauer von drei Monaten entzogen wurde. Das Bundesgericht fand für die Argumentation des Chauffeurs, es sei zwischen Berufschauffeuren und anderen Fahrzeuglenkern zu unterscheiden und deshalb die Mindestentzugsdauer von drei Monaten zu unterschreiten, kein Gehör (2.3).

6A.38/2006 vom 7.9.2006, Gesundheitliche und berufliche Notwendigkeit. Schliesslich entschied das Bundesgericht auch im Fall eines invaliden Arztes, der aus gesundheitlichen Gründen auf Rollstuhl und Spezialfahrzeug für seine berufliche Tätigkeit angewiesen ist und ebenfalls eine massive Geschwindigkeitsübertretung begangen hatte, dass die Mindestentzugsdauer von drei Monaten nicht unterschritten werden konnte (3.2.2).

2. Bindung der Administrativbehörde für den Führerausweisentzug an die Sachverhaltsfeststellungen des Strafurteils (6A.78/2006 vom 28.12.2006; 6A.81/2006 vom 22.12.2006; 6A.48/2006 vom 4.9.2006; 6A.82/2006 vom 27.12.2006; 6A.21/2006 vom 15.6.2006; 6A.4/2006 vom 27.2.2006)

Ebenfalls in mehreren Fällen hatte sich das Bundesgericht mit der Frage der Bindung der Administrativbehörde an die Sachverhaltsfeststellungen des Strafurteils zu befassen. Es hielt in Übereinstimmung mit seiner bisherigen Rechtsprechung fest, dass die Administrativbehörde grundsätzlich an die Sachverhaltsfeststellung des Strafrichters gebunden ist und davon nur abweichen darf, wenn dem Strafrichter Tatsachen unbekannt waren, wenn von ihr zusätzliche Beweise erhoben werden oder wenn für das Strafurteil nicht alle sich stellenden Rechtsfragen abzuklären waren (BGE 124 II 103; 123 II 97; 121 II 214). Dabei ist eine Administrativbehörde nur dann zu eigenen Sachverhaltsabklärungen verpflichtet, wenn deutliche Anhaltspunkte bestehen, die an der Richtigkeit der Sachverhaltsdarstellungen des Strafrichters Zweifel aufkommen lassen (BGE 119 Ib 158; 103 Ib 101). Der Betroffene muss ausserdem sämtliche Verteidigungsrechte und Beweisanträge im Strafverfahren bereits vorbringen und die dort möglichen Rechtsmittel ausschöpfen (BGE 123 II 97; 121 II 214). Ein Strafentscheid ist selbst dann bindend, wenn dieser im Strafbefehlsverfahren ergangen ist und sich ausschliesslich auf einen Polizeirapport stützt (BGE 6A.81/2006, 2.3), jedenfalls sofern der fragliche Rapport selbst sowie der Strafbefehl korrekt und vollständig sind (BGE 6A.21/2006).

In den zu beurteilenden Fällen brachte ein Postautochauffeur, der trotz Vollbremsung eine Fussgängerin auf dem Fussgängerstreifen angefahren hatte, im Administrativverfahren vor, die Fussgängerin sei in sein bereits stehendes Fahrzeug hineingelaufen, während er im Strafverfahren noch ausgesagt hatte, dass er den Linienbus erst zum Stillstand habe bringen können, als er die Fussgängerin bereits touchiert gehabt habe (6A.78/2006 vom 28.12.2006, 2.; vgl. zum selben Entscheid auch vorstehend 1.). Ein weiterer Fahrzeuglenker, der im Tempo-60-Bereich nach Abzug der Toleranzmarge 85 km/h fuhr, focht im Administrativverfahren vergeblich den Innerortscharakter des frag-

lichen Streckenabschnittes an, nachdem er den auf denselben Tatsachen basierenden Strafbefehl akzeptiert hatte (**6A.81/2006 vom 22.12.2006**, 2.). Ein Lenker, der drei massive Geschwindigkeitsübertretungen begangen hatte und die jeweiligen Strafverfügungen alle akzeptiert hatte, wollte im Administrativverfahren zu den fraglichen Zeitpunkten plötzlich nicht mehr selber sein Fahrzeug gelenkt haben und vermochte sich auch nicht daran zu erinnern, wer sonst für die begangenen Geschwindigkeitsübertretungen hätte in Frage kommen können. Auch hier befand das Bundesgericht, dass in tatsächlicher Hinsicht mit den jeweiligen Strafurteilen rechtsgenügend erstellt war, dass der Beschwerdeführer selbst die Geschwindigkeitsübertretungen begangen hatte und die Administrativbehörde darauf abstellen durfte und musste (**6A.48/2006 vom 4.9.2006**, 2.2). Gleiches galt für einen Geschäftsführer, der die Busse für eine mit einem Geschäftsfahrzeug begangene Verkehrsregelverletzung akzeptierte und erst im Administrativverfahren einen Angestellten als verantwortlichen Lenker vorschieben wollte (**6A.82/2006 vom 27.12.**). Zugelassen hat das Bundesgericht allerdings die Beschwerde eines Motorradlenkers, der auf dem Lenker sitzend mit nicht angepasster Geschwindigkeit einen Selbstunfall verursacht hatte und die deswegen ausgesprochene Busse akzeptiert hatte. Den ausgesprochenen Führerausweisentzug focht er hingegen erfolgreich an, weil sich der Strafbefehl auf einen Polizeirapport stützte und nicht einmal festhielt, ob es sich um eine einfache oder grobe Verkehrsregelverletzung gehandelt haben soll (**6A.21/2006 vom 15.6.2006**, 2.). Umgekehrt wurde ein Polizeirapport in korrekter Weise verwendet im Fall eines Fahrzeuglenkers, der eine mit 80 km/h beschilderte Passstrasse mit einer rechtlich relevanten Geschwindigkeit von 110 km/h befuhr. Den gegen ihn ausgestellten Strafbefehl focht der Lenker nicht an, wohl aber die verfügte Entzugsdauer von drei Monaten, welche er auf einen Monat zu senken beantragte. Der Beschwerdeführer führte diesbezüglich vor der Administrativbehörde erstmals aus, dass er zwar die signalisierte Höchstgeschwindigkeit um 30 km/h überschritten hätte, ihn jedoch aufgrund der konkreten Umstände kein schweres Verschulden getroffen habe. Er sei in einer Kolonne hinter einem sehr langsam fahrenden Fahrzeug gefahren, als mehrere weitere Fahrzeuge zu ihm aufgeschlossen hätten. Als er

dann auf offener Strecke ohne Gegenverkehr zum Überholen angesetzt habe, habe das überholte Fahrzeug ebenfalls beschleunigt und ihn vor die Wahl gestellt, noch weiter zu beschleunigen oder das Überholmanöver abubrechen und sich wieder zurückfallen zu lassen. Weil hinter ihm bereits zwei weitere Fahrzeuge auf die linke Fahrbahn ausgeschwenkt seien, habe er einen Abbruch des Überholvorgangs für zu gefährlich gehalten. Das Bundesgericht zog diese Darstellung in Zweifel. Der Beschwerdeführer habe gegenüber der Polizei den ihm vorgeworfenen Tatbestand anerkannt und auf dem Rapport-Formular trotz dafür vorgesehenem Platz keine Bemerkungen diesbezüglich angebracht. Daraus, und aus dem vom Beschwerdeführer akzeptierten Strafbefehl, schloss das Bundesgericht, dass die behaupteten Umstände kaum vorgelegen haben konnten, andernfalls der Beschwerdeführer diese schon bei der Polizei oder zumindest im Strafverfahren geltend gemacht hätte (6A.4/2006 vom 27.2.2006).

3. Führerausweisentzug bei Überfahren eines Rotlichts, Phasenablauf und vorliegende Gefährdung (6A.19/2006 vom 16.5.2006)

Der Lenker eines Kleinbusses überfuhr ein Rotlicht, welches der Sicherung eines Fussgängerstreifens diente, 1.01 Sekunden nachdem es auf rot geschaltet hatte. Zwei Fussgänger warteten an der linken Strassenseite, einen Meter vom Fussgängerstreifen entfernt. Ansonsten war die Verkehrssituation übersichtlich und es befanden sich keine weiteren Fussgänger in der Nähe (A, 2.). Das Bundesgericht hiess die vom Lenker des Kleinbusses gegen den Führerausweisentzug erhobene Beschwerde gut und hielt fest, dass von einem Ausweisentzug abzusehen sei (3.).

Ausschlaggebend für diesen Entscheid war, dass die Lichtsignalanlage so eingestellt war, dass während der Umschaltphase für die Dauer von einer Sekunde alle Anzeigen auf rot standen. Damit war die Lichtsignalanlage für die beiden Fussgänger seit höchstens 0.01 Sekunden auf grün geschaltet, als der Beschwerdeführer das Rotlicht überfuhr, womit die Fussgänger noch nicht einmal zum Überqueren des Fussgängerstreifens angesetzt haben konnten und dazu erst noch mehrere Meter vom vorbeifahrenden Fahrzeug

entfernt waren. Dadurch setzte der Beschwerdeführer zwar immerhin eine abstrakte Gefahr. Diese reichte für einen Führerausweisentzug jedoch nicht aus, weil dafür mindestens eine erhöhte abstrakte oder gar eine konkrete Gefährdung hätte vorliegen müssen. Unter den konkreten Umständen konnte aber von mindestens einer erhöhten abstrakten Gefährdung keine Rede sein, weswegen der Ausweisentzug unrechtmässig war.

VIII. Geschwindigkeitsmessungen

Das Bundesgericht hatte sich mehrfach mit Ausführungsfragen im Bereich der Geschwindigkeitskontrollen durch Polizeikräfte zu beschäftigen. Die Beschwerdeführer versuchten jeweils vergebens, sich gegen die Art und Weise zu wehren, in der die Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen wurden. Dies betraf einerseits offensichtliche Fehler bei Uhrzeiten, welche den korrekt erstellten Messprotokollen einer Nachfahrmessung zugeordnet waren, andererseits die Zulässigkeit von Nachfahrmessungen ohne geeichtes Messinstrument und schliesslich verschiedene Aspekte der Ausführung von Geschwindigkeitskontrollen mittels Laser-Messgeräten.

1. Nachfahrmessung, Beweiswürdigung: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.727/2005 vom 10.1.2006)

Ein Fahrzeugführer wurde unter anderem wegen massiver Geschwindigkeitsübertretung auf der Autobahn von allen angerufenen Instanzen verurteilt. Die zur Verurteilung führende Fahrt wurde von einem zivilen Polizeifahrzeug mittels Nachfahrmessung dokumentiert, der Lenker nach den Messungen angehalten. Er gab daraufhin an, auf dem Weg zum Fussballspielen zu sein und dass er sich durch das Polizeifahrzeug provoziert gefühlt habe (B). Nach Erhalt des Strafbefehles stritt der Lenker die Tat ab, wohl deshalb, weil die in der Anzeige der Polizei vermerkten Messorte sich nicht mit den Messzeiten vereinbaren liessen. Nach diesen hätte der Lenker zwischen den beiden Messungen mit 339 km/h unterwegs sein müssen, was objektiv unmöglich sei (3.1.3). Ausserdem könne nur ein Fall von vorsätzlicher oder fahrlässiger Verwechslung vorliegen, die Polizisten könnten sich

nämlich nicht mehr mit Sicherheit daran erinnern, ob sie noch ein zweites Fahrzeug angehalten hätten (3.1.2).

Ober- und Bundesgericht stützen den Schuldspruch auf die glaubwürdigen Aussagen der Polizisten sowie die Messprotokolle ab. Die Messungen seien über eine ausreichend lange Strecke mit einem gültig geeichten Gerät in einem entsprechend ausgerüsteten Fahrzeug sowie durch ausgebildete und erfahrene Beamte vorgenommen worden. Zudem sei bei der Bemessung der Geschwindigkeitsüberschreitung ein relativ hoher Toleranzwert zum Abzug gebracht worden (3.1.1). Eine Verwechslung schloss das Bundesgericht aus, weil keine Anhaltspunkte dafür vorlägen. Dass sich die Polizisten nicht an ein weiteres angehaltenes Fahrzeug zu erinnern vermochten, würde im Gegenteil sogar darauf hinweisen, dass effektiv kein zweites Fahrzeug kontrolliert worden sei bzw. zumindest, dass gegen den Lenker eines solchen nichts vorgelegen habe. Zudem könne ohne weiteres auf die Aussage des fahrenden Polizisten abgestellt werden, er habe das verfolgte Fahrzeug jederzeit im Auge behalten und mit seiner 20jährigen Erfahrung ohne nötige Sicherheit keine Anzeige erstattet (3.1.2). Die falschen Kilometerangaben seien sodann nicht erheblich. Auf einer Nachfahrt würden in der Regel mehrere Messungen gemacht, wobei auch ungültige Messungen resultieren würden. Dies aufgrund einer zu kurzen Messstrecke, nicht etwa infolge mangels Kompetenz der die Messung ausführenden Person. Die ungültigen Resultate würden jeweils vernichtet und fänden keinen Eingang in die Akten. Dementsprechend sei es möglich, dass eine gültige Messung einem falschen Messpunkt zugeordnet worden sei, was aber das Beweisergebnis nicht in Frage zu stellen vermöge. Das gemessene Fahrzeug sei massiv zu schnell in dem Bereich unterwegs gewesen, wo die Messungen vorgenommen worden seien. Auf demselben Autobahnabschnitt sei zum fraglichen Zeitpunkt auch der Beschwerdeführer unterwegs gewesen, welcher auch diejenige Person sei, die verfolgt und angehalten worden sei (3.1.3, 3.2.1, 3.2.3). Und schliesslich hält das Bundesgericht fest, dass das Obergericht auch bei nicht weisungskonformer Bedienung des Messgerätes in seiner Beweiswürdigung freigesprochen wäre, ohne damit Verfassungsrecht zu verletzen (3.2.3).

2. Nachfahrmessungen ohne geeichtes Messgerät, Zulässigkeit: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.305/2006 vom 25.9.2006; 1P.90/2006 vom 13.4.2006)

1P.305/2006 vom 25.9.2006, Technische Weisungen UVEK, Sicherheitsmarge. Eine Polizeipatrouille nahm nachts auf einer Autobahn eine 18 Kilometer lange Nachfahrt auf, nachdem ein Lenker in schneller Fahrt an ihr vorbeigefahren war. Weiterer Verkehr herrschte zu diesem Zeitpunkt nicht, zum gemessenen Fahrzeug herrschte jederzeit Sichtkontakt. Der Patrouillenwagen war nicht mit einem geeichten Messgerät ausgerüstet, so dass sich die Beamten am fahrzeugeigenen Tacho orientieren mussten. Laut diesem Tacho hatte die Geschwindigkeit des gemessenen Fahrzeuges bei einem konstanten Abstand der beiden Fahrzeuge auf den letzten drei gemessenen Kilometern zwischen 170 und 180 km/h variiert. Zur Bestimmung der massgebenden Geschwindigkeit wurde am selben Tag noch der Tachometer des Patrouillenfahrzeuges einer Kontrollmessung unterzogen. Diese Eichresultate und der Abzug einer Sicherheitsmarge von 10 % führten zu einer für die gerichtliche Beurteilung massgebenden Geschwindigkeit von 153 km/h statt der erlaubten 120 km/h (3.1, 3.2).

Der Lenker focht die obergerichtliche Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils vor Bundesgericht unter anderem mit der Begründung an, es sei bei der Beweiswürdigung gegen das Willkürverbot verstossen worden, indem die technischen Weisungen des Eidgenössischen Departements UVEK vom 10. August 1998 über Geschwindigkeitskontrollen im Strassenverkehr nicht beachtet worden seien (4.). Einerseits sei der Nachfahrabstand mit 200 bis 300 Metern anstatt 90 Metern zu gross gewesen und andererseits hätte die Geschwindigkeit mit einem geeichten Messgerät und nicht mit dem Fahrzeug-Tacho gemessen werden müssen (5.1). Das Bundesgericht verneinte eine Verletzung des Willkürverbotes, weil die besagten Weisungen für die gerichtliche Würdigung von Nachfahrkontrollen keine absolute Geltung beanspruchen, sondern gemäss Ziff. 7.1 der Weisungen nur "in der Regel" gelten würden. Um offensichtliche Widerhandlungen zu ahnden, lässt Ziff. 13 der Weisungen auch andere als die "in der Regel" anzuwendenden Messmethoden zu, welche überdies einer freien Beweiswürdigung der Ge-

richte unterliegen. Aufgrund der deutlichen Überschreitung der erlaubten Geschwindigkeit und der langen Nachfahrstrecke bei gleichbleibendem Abstand durfte vom Regelfall des Gebrauchs einer geeichten Messeinrichtung abgewichen werden. Die Zuverlässigkeit der Messung war durch fehlende andere Fahrzeuge auf der Strecke, der gleichentags erfolgten Kontrolle des Polizei-Tachos sowie durch Berücksichtigung des gemessenen Tacho-Fehlers und einer Sicherheitsmarge erstellt (5.2).

1P.90/2006 vom 13.4.2006, Technische Weisungen UVEK, Sicherheitsmarge. Ein Lamborghini-Fahrer wurde auf einer mit Tempo 100 beschilderten Autobahn mit massiv übersetzter Geschwindigkeit von einem Polizeifahrzeug ohne geeichtes Messgerät verfolgt. Obwohl die Polizisten ihr Fahrzeug mit Vollgas bis auf 170 km/h beschleunigten, vermochten sie den Kontakt zum Lamborghini zunächst nicht zu halten. Erst als dieser seine Geschwindigkeit verringert hatte, konnten sie den Fahrer stellen. Dieser gab an, sein Tacho sei kaputt gegangen, weshalb er nicht wisse, wie schnell er gefahren sei. Das Bundesgericht beanstandet weder die Nachfahrmessung ohne geeichtes Messgerät noch die Verurteilung durch die Vorinstanz u.a. wegen Überschreitens der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und Führens eines Fahrzeuges in nicht betriebs sicherem Zustand (A).

Die Zulässigkeit der Nachfahrmessung ohne geeichtes Messgerät ergibt sich auch hier aus den technischen Weisungen des UVEK vom 10. August 1998 über Geschwindigkeitskontrollen im Strassenverkehr. Auch wenn Ziff. 7.1 für die Beweiskraft der Nachfahrkontrolle die Verwendung eines justierten Messgerätes voraussetzt, lässt Ziff. 13 der besagten Weisung auch andere als die gebräuchlichen Methoden zur Geschwindigkeitsmessung zu. Der geringeren Genauigkeit der angewendeten Messmethode gegenüber einer Messung mittels geeichten Messgeräts wurde mit einem Abzug von über 25 km/h mehr als grosszügig Rechnung getragen. Dies sowohl mit Blick auf eine willkürliche Beweiswürdigung als auch hinsichtlich des Grundsatzes "in dubio pro reo" (3.2).

3. Einsatz eines Laser-Messgerätes zur Geschwindigkeitsbestimmung, korrekte Bedienung des Gerätes: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (1P.130/2006 vom 18.5.2006)

Ein Fahrzeuglenker wurde ausserorts mit 65 km/h über den erlaubten 80 km/h von einem Polizisten mit einem gültig geeichten Laser-Messgerät erfasst, gemessen und anschliessend angehalten. Die Messung spielte sich so ab, dass der messende Polizist mit dem Zurückspulen des Videobandes beschäftigt war, als sich der fragliche Lenker mit seinem Fahrzeug der Messstelle näherte. Der Polizist stoppte die Rückspulung sofort und schaltete das Gerät um auf Aufnahme, was einige Sekunden beanspruchte. Daraus resultierte, dass das Beweisfoto das Fahrzeug nicht genau zum Messzeitpunkt zeigte, sondern rund eine Sekunde nach der Messung. Der genaue Messzeitpunkt selber ergab sich nicht aus dem Foto. Ein zweites Foto wurde nach der Anhaltung vom Heck des Fahrzeuges gemacht. Auf entsprechenden Vorhalt hin anerkannte der Lenker gegenüber dem Polizisten am Anhalteposten die von ihm begangene Geschwindigkeitsübertretung, was protokollarisch festgehalten wurde (3.1). Der Beschwerdeführer zog vor Gericht insbesondere die Korrektheit der erfolgten Messung in Zweifel und machte Willkür hinsichtlich der Verurteilung gestützt auf die angezweifelte Messung geltend.

Die Vorbereitung zur Messung und die Messung selber sind nach der vom Bundesgericht gestützten Begründung der Vorinstanz korrekt erfolgt. Gestützt auf die Aussagen des mit dem Messgerät seit Jahren vertrauten Polizisten sowie die Bedienungsanleitung wurde festgehalten, dass entweder eine korrekte Messung angezeigt würde oder aber gar keine (3.3). Als Ziel für die Testmessung wurde sodann ein reflektierendes Täfelchen an einem runden Leitpfahl ausgewählt. Das Testfoto zeigte, dass das Fadenkreuz des Messgerätes auf den unteren Bereich des Leitpfostens gerichtet war. Ein zur selben Zeit im Hintergrund vorbeifahrendes Fahrzeug befand sich im Bereich des schwarzen Balkens des Leitpfostens und somit einiges höher als der Messstrahl. Dass sich dieses im Hintergrund vorbeifahrende Auto nicht, wie vom Beschwerdeführer beanstandet, verfälschend auf die Testmessung ausgewirkt haben konnte, ergab sich auch daraus, dass die Geschwindig-

keitsangabe mit "0 km/h" für den unbeweglichen Pfosten korrekt ausfiel. Die Testmessung war dementsprechend nicht zu beanstanden (3.3.1). Dass sich im vom Messgerät erfassten Fahrbahnbereich eine leichte Senke befand, hatte ebenfalls keinen Einfluss auf die Richtigkeit der durchgeführten Messung. Jedenfalls zeigte das ca. eine Sekunde nach der fraglichen Messung aufgenommene Bild, dass sich das Fahrzeug des Beschwerdeführers zu diesem Zeitpunkt noch vor der Senke befand, also in konstant leicht abschüssigem Gelände gemessen wurde. Ein gemäss Bedienungsanleitung die Messung verunmöglichendes Auf- und Abwärtsschwenken des Messgerätes sei dementsprechend nicht notwendig gewesen. Ausserdem hätte diesfalls seitens des Gerätes eine Fehlermeldung resultieren müssen (3.3.2). Schliesslich war aus dem gemachten Foto zwar ersichtlich, dass im Moment der Fotografie mit dem Messgerät zu tief gezielt wurde. Daraus schloss das Bundesgericht aber aufgrund der zeitlichen Differenz zwischen Foto und Messung nicht, dass auch bei der Messung zu tief gezielt wurde. Als gegenteiliges Indiz erwähnte es, nebst der erst nach der Messung erfolgten Photographie, auch die 8jährige Erfahrung des messenden Beamten (3.3.3).

IX. Verkehrssteuern: Einziehen von Kontrollschildern, Zulässigkeit, Begriff der "Verkehrsgebühren", Art. 16 Abs. 4 SVG; Art. 106 Abs. 2 lit. c. VZV (6S.211/2006 vom 9.8.2006)

Die Halterin von zwei Lastwagen bezahlte die jeweiligen Rechnungen für die Verkehrssteuern auch nach der zweiten Mahnung nicht. Daraufhin verfügte das zuständige Strassenverkehrsamt den sofortigen Entzug der Kontrollschilder, verbunden mit dem Verbot, die Fahrzeuge weiter im Verkehr zu belassen. Zugleich wurde der Fahrzeughalterin angeordnet, die Schilder innert fünf Tagen beim Amt zu deponieren, andernfalls die Polizei unter Kostenfolge die Schilder einziehen werde. Gegen Überweisung der ausstehenden Verkehrssteuern plus insgesamt zusätzlichen Fr. 200.-- Verfahrenskosten innert fünf Tagen könne die Abgabe bzw. die Einziehung der Schilder unterbleiben. Sollte die ergangene Verfügung nicht befolgt werden, bliebe die Anwendung von Art. 97 Ziff. 1 SVG vorbehalten (A).

Die Fahrzeughalterin bezahlte die ausstehenden Verkehrssteuern mittels des Einzahlungsscheins der zweiten Mahnung, nicht aber die zusätzlichen Verfahrenskosten (A). In der Folge wurde die Fahrzeughalterin wegen mehrfachen Nichtabgebens von Fahrzeugausweisen und Kontrollschildern nach Art. 97 Ziff. 1 Abs. 2 SVG verurteilt (B). Gegen dieses Urteil führte sie schlussendlich erfolglos Beschwerde beim Bundesgericht (C; 6.). Die Beschwerdeführerin machte geltend, sie sei in tatsächlicher Hinsicht für das Nichtbezahlen der Verfahrenskosten bestraft worden. Art. 106 Abs. 2 lit. c VZV gäbe den Kantonen aber nur die Möglichkeit zur Einziehung von Fahrzeugausweisen und Kontrollschildern, wenn die eigentlichen Verkehrssteuern nicht bezahlt würden. Darüber hinaus sei es nicht Sinn und Zweck der Norm, den Kantonen eine Handhabe zu verschaffen, auf diesem Weg auch Verfahrenskosten einzutreiben (4.).

Das Bundesgericht hielt, gestützt auch auf eine Lehrmeinung, fest, dass als Verkehrsgebühren im Sinne von Art. 16 Abs. 4 SVG und Art. 106 Abs. 2 lit. c VZV alle Gebühren für Verfügungen zu verstehen seien, die ganz allgemein die Benutzung des Fahrzeuges betreffen würden. Darin eingeschlossen seien, nebst den Verkehrssteuern im engeren Sinne, gerade auch allfällige Gebühren im Zusammenhang mit der Einforderung der Verkehrssteuern. Damit solle sichergestellt werden, dass der Fahrzeughalter alle Schulden gegenüber der Zulassungsbehörde erfüllt hat, bevor er sein Fahrzeug rechtsgültig in Verkehr bringt (5.3.2; RENÉ SCHAFFHAUSER, Grundrisse des schweizerischen Strassenverkehrsrechts, Band III: Die Administrativmassnahmen, Bern 1995, S. 399). Demgemäss war das Vorgehen der administrativen und gerichtlichen Behörden im vorliegenden Fall rechtmässig und wurde vom Bundesgericht nicht beanstandet (5.3.3).

X. Strafzumessung: Überholmanöver bei Tramhaltestelle mit Fussgänger: grobe Verkehrsregelverletzung, Art. 90 Ziff. 2 SVG (6S.234/2005 vom 29.6.2006)

Ein Fahrzeuglenker führte im Innenstadtbereich auf einer breiten Strasse nach mehrmaligem Betätigen der Lichthupe mit übersetzter Geschwindig-

keit ein Überholmanöver aus, weil ihm das vorausfahrende Fahrzeug zu langsam unterwegs war. Der überholte Lenker, ein Polizist, gab mehrere akustische Warnsignale ab und bremste daraufhin stark, um dem Überholenden das Einbiegen noch vor einer Tramhaltestelle zu ermöglichen. Eine Fussgängerin, die im Begriffe war, einen Fussgängerstreifen zur Tramhaltestelle hin zu überqueren, wurde dank den Warnsignalen des Polizisten auf die Fahrzeuge aufmerksam gemacht und sah vom Überqueren des Fussgängerstreifens ab. Nur noch dieses Überholmanöver wurde nach einer ersten Rückweisung des Urteils durch das Bundesgericht (BGE 6S.486/2002) als grobe Verkehrsregelverletzung eingestuft. Auf weitere Anklagevorwürfe wurde infolge Verjährung nicht mehr eingetreten. Anstatt einer bedingt vollziehbaren Gefängnisstrafe von 7 Tagen und einer Busse von Fr. 2'500.-- fällt die Vorinstanz nur noch eine Busse aus, allerdings in der Höhe von Fr. 10'000.--. Ob diese neu ausgefallte Strafe gegen das Verbot der reformatio in peius versties, liess das Bundesgericht offen, weil die Höhe der Busse ohnehin nicht bundesrechtskonform bemessen wurde (2.1.5). Der Busse von Fr. 10'000.-- lag lediglich noch ein gefährliches Überholmanöver zu Grunde, was eine auffallend hohe Strafe darstellte. Zwar sei das Überholmanöver unnötig und gefährlich gewesen, aber auf einer breiten und übersichtlichen Strasse vorgenommen worden. Damit liesse sich die ausgefallte Busse nicht in Einklang mit den Strafzumessungskriterien bringen. Zusätzlich sei die Begründung für die Strafhöhe ungenügend ausgefallen. Damit sei die Strafe entsprechend zu reduzieren (3.3).

XI. Anonyme Zeugen: Anonyme Zeugenaussagen bei SVG Delikten, Verteidigungsrechte, Art. 6 Ziff. 1, 3 lit. d EMRK (BGE 132 I 127 vom 25.4.2006)

Ein Autolenker fiel zwei im anschliessenden Strafverfahren anonym gehaltenen Zeugen durch massive Missachtung von Verkehrsregeln auf der Autobahn auf. Bei Tempo 100 soll er bis auf zwei Meter auf ein vor ihm fahrendes Auto aufgeschlossen, dieses überholt und ausgebremst haben. Zudem habe er einen der Lenker mit erhobener Faust und obszönen Gesten bedroht und ihm durch das Beifahrerfenster eine PET-Flasche auf die Kühlerhaube

geworfen (Sachverhalt). Die Verurteilung unter anderem wegen mehrfacher grober Verkehrsregelverletzung sowie Nötigung focht der Lenker bis vor Bundesgericht an mit der Begründung, seine Verteidigungsrechte seien unzulässig beschnitten worden, was einen Verstoss gegen Art. 6 Ziff. 1 und Art. 6 Ziff. 3 lit. d EMRK darstelle (E.2).

Das Bundesgericht hielt fest, dass ein Beschuldigter nach den angerufenen EMRK-Verfahrensgarantien grundsätzlich das Recht hat, den Belastungszeugen im Laufe des Verfahrens wenigstens einmal in direkter Konfrontation zu befragen. Aus schutzwürdigen Interessen kann diese direkte Konfrontation eingeschränkt oder verunmöglicht werden. Genannt hat das Bundesgericht Fälle von zu gewährleistender persönlicher Sicherheit von Zeugen sowie derjenigen verdeckter Ermittler. Wobei die Einschränkungen möglichst zu kompensieren sind und eine Verurteilung dann ausgeschlossen ist, wenn die anonyme Aussage den alleinigen oder wesentlichsten Beweis darstellt. Allerdings stellt das Bundesgericht auf eine Gesamtwürdigung hinsichtlich der Fairness des Prozesses ab und fragt danach, ob die Beschneidung der Verteidigungsrechte durch schutzwürdige Interessen gedeckt ist und dem Beschuldigten trotzdem die Möglichkeit gegeben war, sich wirkungsvoll zu verteidigen (E.2; BGE 125 I 127; 121 I 306).

Die Verurteilung im vorliegenden Fall beruhte im Wesentlichen auf den Aussagen der beiden anonymen Zeugen, welche vom Verhalten des Beschwerdeführers selber betroffen bzw. davon Zeuge waren. Beide waren aufgrund des äusserst aggressiven Verhaltens nur unter Wahrung ihrer Anonymität zur Aussage bereit. Während bei einem Zeugen eine Konfrontationseinvernahme angesetzt wurde, wobei zwar der Beschwerdeführer fernblieb, jedoch sein Verteidiger anwesend war und Gelegenheit zu Ergänzungsfragen hatte (E.3.2), wurde der zweite Zeuge nur vom Präsidenten und Gerichtsschreiber der Vorinstanz befragt. Zusätzlich wurde diesem Zeugen ein Fragenkatalog des Verteidigers des Beschwerdeführers vorgelegt (E.3.3).

Das Bundesgericht erklärte die zugesicherte Anonymität aufgrund der schweren Vorstrafen, des aggressiven Verhaltens und der gutachterlich diagnostizierten mangelnden Selbstkontrolle und emotionalen Instabilität für

grundsätzlich zulässig (E.4.2), verlangte allerdings entsprechende Kompensationsmassnahmen (E.4.3). Es wies demgemäss die auf beide Zeugenaussagen gestützte Verurteilung mit der Auflage an die Vorinstanz zurück, zu prüfen, inwiefern eine Verurteilung allein gestützt auf die für zulässig erklärte Aussage des ersten Zeugen möglich sei oder ob der zweite Zeuge doch noch mit dem Beschwerdeführer konfrontiert werden könne (E.4.4).

XII. Ausländerrechtliche Ausweisung: Raserunfall, einschlägige Vorstrafen, Ausweisung, Rechtmässigkeit (2A.688/2005 vom 4.4.2006)

Ein mit diversen einschlägigen Vorstrafen (A) belasteter Fahrzeuglenker liefere sich bei Hochdorf/Gelfingen mit einem zweiten Lenker ein Autorennen, bei dem in der Folge zwei unbeteiligte Fussgänger ihr Leben verloren. Das Luzerner Obergericht verurteilte den Lenker wegen diverser Delikte im Zusammenhang mit diesem Rennen und seinen Folgen zu einer langjährigen unbedingten Freiheitsstrafe. Eine strafrechtliche Landeverweisung sprach das Obergericht aus prozessualen Gründen nur bedingt vollziehbar aus (B). Hingegen verfügte das Migrationsamt des Wohnkantons des Verurteilten für die Zeit nach seiner Haftentlassung eine unbeschränkte ausländerrechtliche Ausweisung, welche der Lenker bis vor Bundesgericht anfocht (C, D). Das Bundesgericht bestätigte den Ausweisungsentscheid (E.4.1).

Das Bundesgericht hielt zunächst fest, dass der Ausweisungsgrund nach Art. 10 Abs. 1 lit. a ANAG erfüllt war, da der Beschwerdeführer wiederholt straffällig und unter anderem zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war (E.2.2). Diese Strafe und das dafür zu Grunde gelegte Verschulden stellten gemäss Bundesgericht denn auch den Ausgangspunkt für die fremdenpolizeiliche Interessenabwägung dar. Das hohe Strafmass widerspiegelte dabei das sehr schwer wiegende Verschulden des Beschwerdeführers, dem zudem ausserordentliche Gewissenlosigkeit vorgeworfen wurde, weil er sich einfach von der Unfallstelle entfernt hatte. Erschwerend kam hinzu, dass weder frühere einschlägige Verurteilungen noch Probezeiten den Beschwerdeführer von seiner neuerlichen Tat abhalten konnten, zusätzlich ergab sich aufgrund der früheren Verurteilungen eine klare Ten-

denz, immer schwerere Delikte mit immer grösserem Gefahrenpotenzial zu begehen (E.3.1.1).

Der Beschwerdeführer machte geltend, der Resozialisierungsgedanke des Strafrechts vermindere das öffentliche Interesse an seiner Ausschaffung, weil die Resozialisierungschancen in der Schweiz ungleich grösser seien als in Mazedonien. Damit verkannte der Beschwerdeführer, dass fremdenpolizeiliche Ausschaffungen unterschiedliche Zwecke verfolgen und die Frage der Wiedereingliederung im fremdenpolizeilichen Verfahren gegenüber dem öffentlichen Interesse an Ordnung und Sicherheit nur einen untergeordneten Faktor unter verschiedenen darstellt (BGE 129 II 215; 125 II 105; E.3.1.2). Somit konnte der Beschwerdeführer auch nichts aus der – notabene aus prozessualen Gründen – bloss bedingt ausgesprochenen Landesverweisung durch das Obergericht Luzern ableiten. Angesichts des Vorlebens des Beschwerdeführers wertete das Bundesgericht das angeführte Wohlverhalten, insbesondere im Strafvollzug, nicht als genügend lange dauernd bzw. im Falle des Strafvollzugs als von untergeordneter Bedeutung (BGE 114 Ib 1; 2A.73/2003). Sodann führte das Bundesgericht aus, dass bei derart schwerwiegenden Gewaltdelikten ein wesentliches öffentliches Interesse an einer Ausweisung bestehe (BGE 122 II 433), wobei die Rückfallgefahr vorliegend gross sei, weil sich der Beschwerdeführer auch bisher weder durch ein intaktes Familienleben, noch durch seine Integration in der Arbeitswelt von seinen schwerwiegenden Delikten hatte abhalten lassen (E.3.1.3). Schliesslich sprachen weder die persönlichen Verhältnisse noch die familiären Umstände gegen eine Ausweisung, weil dem Täter eine gute Integration aufgrund seines Verhaltens und seiner regelmässigen Verstösse gegen die Rechtsordnung sowie seiner mangelnden Reue und Einsicht im Strafverfahren abgesprochen werden musste. Im Gegensatz dazu seien er und seine Frau mit der Kultur und den Gepflogenheiten in seiner Heimat vertraut, womit eine Rückkehr dorthin mitsamt der Familie zumutbar sei. Das grosse öffentliche Interesse an der Ausweisung überwiege die familiären Interessen des Beschwerdeführers. Dies umso mehr, als die familiären Beziehungen aufgrund des langjährigen Strafvollzugs schon nur unter grossen Erschwernissen gelebt werden könnten (3.2.1, 3.2.2.).